

Vorwort	3
1 Rechtsextremismus	4
1.1 Entwicklungstendenz	4
1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)	5
1.3 "National-freiheitliche" Rechte	7
1.4 Neonazistische Gruppen	8
1.5 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	9
1.6 Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei (BI DAP)	9
1.7 Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH)	9
1.8 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren „Angehörige e.V. (HNG)	10
1.9 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	10
1.10 NS-Gruppe Müller	11
1.11 Rechtsextremistische Jugendgruppen	11
1.11.1 Wiking-Jugend (WJ)	11
1.11.2 Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)/ Gemeinschaft Volkstreuer Jugend e.V. (GVJ)	11
1.12 Sonstige Gruppen	11
1.13 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst	12
2 Linksextremismus	16
2.1 Entwicklungstendenz	16
2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	17
2.3 DKP-orientierte Jugend- und Studentenorganisationen	21
2.3.1 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	21
2.3.2 Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)	22
2.3.3 Junge Pioniere (JP)	22
2.4 DKP-beeinflußte Organisationen und Einrichtungen	22
2.4.1 Deutsche Friedens-Union (DFU)	22
2.4.2 Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)	23
2.4.3 Demokratische Fraueninitiative (DFI)	23
2.4.4 Krefelder Initiative	23
2.5 Bündnispolitik	24
2.6 Dogmatische Neue Linke	25
2.6.1 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	25
2.6.2 Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) - KPD -	25
2.6.3 Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	26

2.6.4 Marxistische Gruppe (MG).....	27
2.7 Undogmatische Neue Linke	27
2.8 Trotzismus.....	27
2.9 Linksextremisten im öffentlichen Dienst.....	28
3 Terrorismus	34
3.1 Entwicklungstendenz	34
3.2 Rote Armee Fraktion (RAF) und RAF-Umfeld	34
3.3 Revolutionäre Zellen (RZ)	36
3.4 Sonstiges terroristisches Umfeld.....	37
3.5 Sonstige linksextremistisch motivierte Gewalttaten.....	38
4 Ausländerextremismus.....	41
4.1 Entwicklungstendenz	41
4.2 Türken.....	41
4.3 Kurden.....	44
4.4 Iraker	45
4.5 Iraner.....	45
4.6 Afghanen.....	46
4.7 Palästinenser	46
4.8 Jugoslawen	46
5 Spionageabwehr.....	49
5.1 Entwicklungstendenzen	49
5.2 Art und Umfang der gegnerischen Werbemethoden	50
5.3 Nachrichtendienstliche Aufträge gegen Nordrhein-Westfalen.....	50
6 Strafrechtspflege.....	52
6.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten.....	52
6.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten	52
6.3 Demonstrationsstraftaten	53
7 Anhang.....	54
7.1 Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse	54
7.2 Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse	56

Vorwort

Der beste Schutz Unserer Verfassung ist eine politische Kultur, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und damit den politischen Wertentscheidungen unseres Grundgesetzes verpflichtet ist. Politische Kultur aber lebt im Bewußtsein der Bürger, die sie geschaffen haben und die sie tragen. Politische Kultur ist gelebte Verfassung, ist ständiges Eintreten für die Verfassung. Dennoch: die Verfassung ist auch immer wieder bedroht; sie hat Gegner, innere wie äußere. Sie bedarf deshalb - selbst in Zeiten größtmöglicher Zustimmung durch die Bürger - der institutionellen Sicherung.

Die Verfassungsschutzbehörden haben die Aufgabe, mögliche Gefahren für die verfassungsmäßige Ordnung, für den Bestand und die Sicherheit unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates rechtzeitig zu erkennen und hierüber zu berichten. Angesprochen sind hier neben den zuständigen staatlichen Stellen die politischen Institutionen, vor allem aber das Parlament als die vom Volk gewählte repräsentative Vertretung, die von ihm eingesetzte Regierung und nicht zuletzt die Bürger selbst als Volkssouverän.

Denn die Zustimmung zur Verfassung, zu unserem Staat, bedarf der ständigen Information auch über die gegen sie gerichteten Bestrebungen. Diesen "Frühwarndienst" ist der Staat seinen Bürgern schuldig. Und der Bürger wird bei Lektüre des Verfassungsschutzberichts 1984 erkennen können, daß unser Gemeinwesen wohl durch politisch aktive Teilhabe, niemals aber durch Gewalt veränderbar ist.



Dr. Herbert Schnoor
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

1 Rechtsextremismus

1.1 Entwicklungstendenz

1984 ist die Gesamtzahl der Mitglieder rechtsextremistischer Gruppen in Nordrhein-Westfalen in etwa gleich geblieben. Sie liegt bei ca. 4.000. Davon entfallen 1.000 auf die "nationaldemokratischen", 2.500 auf die "nationalfreiheitlichen" und ca. 500 auf sonstige rechtsextremistische Gruppen. Die Zahl der aktiven Neonazis liegt bei ca. 100.

Die "nationaldemokratischen" Organisationen sehen sich nach langen Jahren stetigen Mitglieder- und Wählerschwunds wieder im Aufwind. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) konnte bei der Wahl des Europa-Parlaments ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 1983 im Bund und in Nordrhein-Westfalen etwas mehr als verdoppeln und bundesweit ihre Mitgliederzahl von ca. 6.000 auf 6.100 erhöhen. Mit ca. 1.000 Mitgliedern bleibt dabei der nordrhein-westfälische Landesverband einer der stärksten der Partei. Er steht Ende 1984 in einem gewissen Gegensatz zum Parteivorstand, da letzterer - neben anderen internen Auseinandersetzungen im Laufe des Jahres - eine Teilnahme der NPD an der Landtagswahl 1985 in Nordrhein-Westfalen abgelehnt hat. Hinzu kommen Schwierigkeiten im Landesverband der Jungen Nationaldemokraten (JN), die im Herbst 1984 mit der Ablösung des Vorstandes und der Einsetzung eines Notvorstandes ihren vorläufigen Höhepunkt fanden.

Die "national-freiheitlichen" Organisationen um die „Deutsche Nationale Zeitung“ sind auch 1984 in Nordrhein-Westfalen öffentlich kaum in Erscheinung getreten. Sie unterhalten im Landesbereich auch keine erkennbar aktive Organisationsstruktur. Im neonazistischen Bereich haben ehemalige Mitglieder und Funktionäre der im Dezember 1983 als verboten festgestellten und aufgelösten Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) 1984 die bis dahin unbedeutende "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) unterwandert und versucht, sich damit neue Organisationsformen für eine Fortsetzung ihrer Tätigkeit zu schaffen. Wie die Wahlergebnisse der FAP bei der Kommunalwahl 1984 in den Städten Dortmund und Duisburg deutlich machen, konnten die politischen Vorstellungen dieser Gruppe bisher kein Echo bei den Wählern finden.

Auch 1984 sind von rechtsextremistischen Kreisen Versuche unternommen worden, auf jugendliche Randgruppen Einfluß zu gewinnen. Erfolge zeigten sich in Nordrhein-Westfalen bei den mehrfachen Auftritten von Skinheads bei öffentlichen Veranstaltungen rechtsextremistischer Gruppen. Dabei wurde aber auch offenkundig, daß für die Rechtsextremisten vordringlich die Bereitschaft dieser Jugendlichen zur Gewaltanwendung von Interesse war, weil dies sie zum Einsatz beim Schutz von Veranstaltungen und sonstigen Aktionen prädestinierte. Insgesamt war diese Entwicklung 1984 rückläufig. Neben den Aktivitäten der rechtsextremistischen Organisationen wurden 1984 eine Vielzahl von offenkundig Rechtsextremisten zuzuschreibenden Schmierereien (Hakenkreuze, SS-Runen usw.) festgestellt. Flugblattverteilungen und Plakatklebeaktionen - wobei Parolen mit volksverhetzendem Inhalt und Flugblätter mit antisemitischen und ausländerfeindlichen Texten festgestellt wurden - haben zugenommen.

Rechtsextremistisch motiviert waren offensichtlich auch einzelne Gewaltaktionen. Zu nennen sind ein Fall wie der Brandanschlag auf eine ehemalige Synagoge in Düsseldorf Ende Februar 1984 (einer der Täter war zumindest zeitweise Mitglied der NPD) oder verschiedene "Säureanschläge" in Hattingen im Herbst 1984, die auf das Konto von Neonazis gehen. Die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt ist 1984 unter Neonazis mehrfach - wenn auch gelegentlich nur verbal - bekundet worden. Sie verdient besondere Beachtung.

Die Erfahrungen des Jahres 1984 haben gezeigt, daß die ablehnende und kritische Haltung der Bevölkerung, insbesondere gegenüber neonazistischen Bestrebungen, gewachsen ist. Nur in Einzelfällen war es den Neonazis möglich, öffentlich aufzutreten und offen für ihre Ziele zu werben. Auf der anderen Seite zeigten die leichte Stabilisierung der NPD und die Versuche der Neonazis, sich nunmehr im Rahmen einer „Partei“ organisatorisch zu betätigen, daß rechtsextremistische Bestrebungen weiterhin zumindest sorgfältiger Beobachtung bedürfen. Insgesamt ist jedoch eine ernsthafte Gefährdung der inneren Sicherheit unseres Landes durch Rechtsextremisten nicht eingetreten.

1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Ziele

Die NPD vertritt nach wie vor einen übersteigerten Nationalismus, verbunden mit einem völkischen und rassistischen Kollektivismus sowie Vorstellungen von einem autoritären Führerstaat.

In der der Partei politisch zuzurechnenden Polemik ihrer Publizistik und ihrer Mandatsträger kommen Mißachtung und Ablehnung oberster Verfassungswerte, insbesondere der parlamentarischen Demokratie, des Mehrparteiensystems und der Volkssouveränität zum Ausdruck.

Parteiorganisation

In Nordrhein-Westfalen verfügt die NPD über einen Landesverband mit Sitz in Bochum-Wattenscheid, dem in sechs Landesbereichen insgesamt 54 Kreisverbände mit unterschiedlicher Aktivität unterstehen. Die Mitgliederzahl liegt bei ca. 1.000 (Bund: 6.100).

Finanzierung

Zur Finanzierung ihrer Arbeit ist die NPD neben den Mitgliedsbeiträgen vor allem auf Spenden angewiesen. Sie versucht daher, sich über "Freundes"- und "Förder-Kreise" Geldquellen zu erschließen. Im Zusammenhang mit dem Ergebnis der Wahl zum Europa-Parlament (0,8 %) sind der NPD 1,8 Millionen Wahlkampfkosten erstattet worden. Hierdurch hat sich ihre bis dahin äußerst angespannte Finanzlage gebessert.

Publikationen

Presseorgan der NPD ist die monatlich erscheinende "Deutsche Stimme" mit einer Auflage von 75.000 Exemplaren. Daneben erscheinen auf Bundesebene regelmäßig die zentralen Schriften "NPD Aktuell" und "NPD-Info-Blitz". Vom Landesverband Nordrhein-Westfalen werden monatlich der "NPD-Landesspiegel Nordrhein-Westfalen" und der "NPD-Organisationsspiegel Nordrhein-Westfalen"

herausgegeben. Hierneben gibt es periodische Blätter und Informationsdienste der Kreisverbände.

Schwerpunkte der Parteiarbeit

- *Der 18. ordentliche Bundesparteitag der NPD fand am 3./4. November 1984 mit ca. 1.000 Teilnehmern in München statt. Da keine Vorstandswahlen anstanden, war er in erster Linie eine Propagandaveranstaltung zur Motivation der Mitglieder. Im Mittelpunkt stand die Rede des Parteivorsitzenden Martin Mussgnug aus Tuttlingen, der die Erfolge bei der Europawahl am 17. Juni hervorhob und erklärte, die Partei befinde sich wieder "im Aufwind". Als politisches Ziel der NPD stellte Mussgnug "das ganze Deutschland in seinen historischen Grenzen bis zur Memel" heraus.*
- *Am 28. April 1984 führte die NPD in Wiehl-Drabenderhöhe ihren Landesparteitag durch. Es nahmen rd. 300 Personen teil, darunter 66 Delegierte. Der Landesvorsitzende beschränkte sich in seinem Rechenschaftsbericht darauf, die bekannten politischen Leitlinien der Partei aufzuzeigen.*

Auf einer Protestkundgebung gegen den NPD-Landesparteitag kam es zwischen etwa 400 Gegendemonstranten (u.a. DKP, SDAJ) und einer Gruppe von rund 70 Skinheads, die durch Angehörige der NPD mit dem Schutz des Versammlungsortes beauftragt worden waren, zu teilweise schweren Auseinandersetzungen. Gegen neun Personen wurden wegen Körperverletzung, Mitführens von Waffen und gefährlichen Gegenständen sowie wegen des Verdachts der Volksverhetzung und Beleidigung Ermittlungsverfahren eingeleitet.

- *Die NPD beteiligte sich am 17. Juni 1984 an der Wahl zum Europäischen Parlament, Sie führte ihren Wahlkampf unter dem Motto "Ein Herz für Deutschland". Sie erhielt in Nordrhein-Westfalen 46.164 Stimmen = 0,6 % (Bund: ca. 198.000 Stimmen = 0,8 %). Bei der Bundestagswahl 1983 hatte sie ca. 19.400 Stimmen = 0,2 % (Bund: ca. 91.000 = 0,2 %) erreicht. In einigen Großstädten bzw. Kreisen wurden überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt (Hagen und Märkischer Kreis je 1,1 %, Herne und Remscheid je 0,9 %). Zur Kommunalwahl 1984 hatte - entgegen den Beschlüssen des Parteipräsidiums - die Hagener NPD Kandidaten aufgestellt, die 171 Stimmen (0,0 %) erhielten.*

Sonstige Vorkommnisse

- *In Mülheim a.d. Ruhr hatten sich am 4. Februar 1984 vor Beginn einer geplanten Podiumsdiskussion der NPD ca. 90 Gegendemonstranten versammelt. Zwischen diesen und drei NPD-Mitgliedern kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen. Dabei sprühten die NPD-Anhänger wahllos mit Tränengas in die Menge, wodurch einige der Demonstranten verletzt wurden.*
- *In Bonn kam es im Mai 1984 zweimal an Info-Ständen der NPD zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Punkern und Angehörigen der NPD und der Wiking-Jugend, die polizeiliche Einsätze erforderten.*

- *In Hagen fand am 1. Juni 1984 eine öffentliche Veranstaltung der NPD statt, bei der es vor dem Veranstaltungsraum zu Handgreiflichkeiten zwischen Gegendemonstranten und Skinheads kam, die von der Polizei unterbunden wurden.*
- *In Recklinghausen ist es während einer Kundgebung der NPD am 11. August 1984 zwischen ca. 60 NPD-Anhängern – darunter einige Skinheads - und rd. 200 Gegendemonstranten zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Ein größeres Polizeiaufgebot konnte gewalttätige Zusammenstöße zwischen den beiden Gruppierungen verhindern.*

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die vom Landesverband Nordrhein-Westfalen der JN herausgegebene Schrift "Klartext" hat im Laufe des Jahres 1984 ihre Agitation - insbesondere in Fragen der Ausländerpolitik - erheblich verschärft. Dies veranlaßte den Bundesvorstand der JN, die weitere Herausgabe als JN-Publikation zu unterbinden.

Als daraufhin der Herausgeberkreis unter dem JN-Landesvorsitzenden versuchte, eine eigene "Klartext-Organisation" außerhalb der JN aufzubauen, entthob ihn das Parteipräsidium der NPD im November 1984 seiner Funktion und leitete gegen ihn wegen parteischädigenden Verhaltens ein Parteiausschlußverfahren ein. Gleichzeitig wurde über den JN-Landesverband Nordrhein-Westfalen der organisatorische Notstand verhängt und ein Notvorstand unter dem Leiter des JN-Kreisverbandes Krefeld eingesetzt.

Anläßlich des Landeskongresses der nordrhein-westfälischen JN am 31. März 1984 in Bad Sassendorf-Lohne - es nahmen ca. 70 Personen teil, darunter 33 Delegierte - hatte der Landesvorsitzende noch festgestellt, daß der nordrhein-westfälische Landesverband nach einer zwischenzeitlichen Krise wieder der mitgliederstärkste Landesverband der JN geworden sei.

Inzwischen wird vom Notvorstand ein neuer Landeskongreß vorbereitet, der Neuwahlen und eine Konsolidierung der Tätigkeit des Verbandes bringen soll.

Auf dem Bundeskongreß der JN am 13./14. Oktober 1984 in Darmstadt mit ca. 150 Teilnehmern verwies der JN-Bundesvorsitzende in seinem Rechenschaftsbericht auf die angeblich steigende Tendenz in der Mitgliederentwicklung. Der NPD-Parteivorsitzende Mussnug versuchte, die Teilnehmer durch einen Hinweis auf die Wahlerfolge des Jahres 1984 und die sich daraus ergebende Besserung der Finanzlage der Partei für die künftige Arbeit zu motivieren.

1.3 "National-freiheitliche" Rechte

Zur „national-freiheitlichen“ Rechten zählen die Deutsche Volksunion (DVU) unter dem Vorsitz des Münchener Verlegers Dr. Gerhard Frey und folgende, ebenfalls von Dr. Frey geführte und beeinflusste "Aktionsgemeinschaften", deren Mitglieder kraft Satzung gleichzeitig der DVU angehören:

- *Aktion Deutsche Einheit (AKON)*
 - *Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)*
-

- *Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)*
- *Aktion Deutsches Radio und Fernsehen (A R F)*
- *Ehrenbund Rudel (ER)*
- *sowie der im Jahre 1984 gegründete*
- *Schutzbund für Leben und Umwelt.*

Mit einer Mitgliederzahl von ca. 12.000 (Nordrhein-Westfalen: 2.500) Personen stellen die "National-Freiheitlichen" nach wie vor die mitgliederstärkste Gruppierung im rechtsextremistischen Spektrum dar. Die überwiegende Zahl ihrer Mitglieder ist allerdings bereits im vorgerückten Alter, verhält sich in der Regel passiv und beschränkt sich darauf, die Organisation finanziell zu unterstützen.

Vom 6. bis 12. April 1984 veranstaltete die DVU in mehreren Städten des Bundesgebietes eine Vortragsreihe zum Thema „Das Geheimnis um Rudolf Hess“. Die Veranstaltungen in Bonn, Oberhausen und Dortmund, die teilweise von heftigen Gegendemonstrationen begleitet waren, fanden jeweils vor einem Zuhörerkreis von ca. 200 Personen statt.

1.4 Neonazistische Gruppen

Die neonazistische Szene war 1984 von den Bemühungen der am 7. Dezember 1983 als verboten festgestellten und aufgelösten Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale AktivistInnen (ANS/NA) bestimmt, die Kader der "Bewegung" zusammenzuhalten und sich gleichzeitig neue Plattformen für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu schaffen. Sie versuchte dies zu erreichen

- *durch die Fortführung ihrer Tätigkeit auf örtlicher Ebene unter neuen Bezeichnungen (sog. Leserkreise pp.)*
- *durch die Unterwanderung der bis dahin politisch unbedeutenden Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*
- *durch die Bildung neuer Organisationen, wie der Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei (BI DAP) oder des Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH) - durch den Ausbau ihres Einflusses in der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG).*

Kurzfristig bestand Anfang 1984 in Nordrhein-Westfalen ein Nationaler Bund Rhein-Westfalen (NBR), der auf die Initiative von ANS/NA-Anhängern zurückging. Der Gründer und Leiter der ANS/NA, Michael Kühnen, hat sich am 19. März 1984 der weiteren Strafverfolgung durch die Flucht ins Ausland entzogen. Er wurde am 4. Oktober 1984 in Paris, wo er seit längerem politisch tätig war, von den französischen Behörden festgenommen und am 5. Oktober 1984 in die Bundesrepublik abgeschoben. Im Zusammenhang mit mehreren gegen ihn bestehenden Haftbefehlen ist er sofort in Haft genommen worden.*)

Anhänger der ANS/NA haben im August 1984 in der Nähe von Hattingen ein mehrtägiges "1. Gauausbildungslager" durchgeführt, das der wehrsportlichen

Erziehung dienen sollte. Ziel des Lagers war es auch, geeignete Mitglieder für geplante "Stabswachen" zu finden.

*) Am 25. Januar 1985 sind Kühnen zu drei Jahren vier Monaten und der mitangeklagte Arnd Heinz Marx zu zwei Jahren sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden.

1.5 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Die FAP wurde 1979 in Stuttgart gegründet. Sie hatte bis Anfang 1984 nur lokale Bedeutung und war nicht eindeutig rechtsextremistisch einzuordnen.

Am 18. Februar 1984 gründeten Anhänger der ANS/NA in Heiden einen Landesverband Nordrhein-Westfalen der FAP, in dessen Vorstand ehemalige ANS/NA-Aktivistinnen die entscheidenden Funktionen übernahmen. Kühnen, der an der Gründungsversammlung teilnahm, erklärte, die FAP sei der "neue legale Arm der Bewegung".

In der Folge hat der Einfluß der ANS/NA-Anhänger auf den FAP-Landesverband zugenommen. Dies zeigte sich während des "1. Kongresses" am 7. April 1984 in Münster, auf dem der Landesvorsitzende in seiner Eingangsrede betonte, daß die FAP sowohl in der Nachfolge der ANS/NA wie auch der NSDAP stehe. Es zeigte sich ferner auf dem Landesparteitag am 10. November 1984 in Münster, der einen Landesvorstand allein aus Anhängern der ANS/NA wählte.

Verschiedene Einzelveranstaltungen im Laufe des Jahres machten auch die engen Kontakte zwischen ANS/NA-Anhängern in der FAP und Anhängern jugendlicher Randgruppen (Skinheads) deutlich.

Zur Kommunalwahl 1984 kandidierte die FAP in Dortmund und Duisburg in insgesamt fünf Wahlbezirken. Sie erhielt in Dortmund (Kandidaten in vier Wahlbezirken) 98 und in Duisburg (ein Wahlbezirk) 22 Stimmen. Mit den Vorbereitungen für eine Beteiligung an der Landtagswahl 1985 in Nordrhein-Westfalen, insbesondere dem örtlichen Ausbau des Parteiapparates, wurde begonnen.

1.6 Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei (BI DAP)

Im Februar 1984 ist von nordrhein-westfälischen Anhängern der ANS/NA die BI DAP geschaffen worden, die nach dem Willen ihrer Gründer die Plattform für den Aufbau einer "nationalsozialistischen Arbeiterpartei" (Wahlpartei) bilden sollte.

In Nordrhein-Westfalen ist sie bisher vornehmlich durch die Herausgabe von Flugblättern in Erscheinung getreten. Gelegentlich sind in Nordrhein-Westfalen hergestellte Flugblätter auch in anderen Bundesländern verbreitet worden.

1.7 Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH)

In der von Michael Kühnen in Paris herausgegebenen ANS-Schrift "Unser Europa", Ausgabe Juli 1984, wurde berichtet, daß am 26. Mai 1984 von Kühnen und seinem Stellvertreter das obengenannte KAH gegründet worden sei. Im September 1984 verbreitete ein FAP-Funktionär aus Duisburg, ehemaliger ANS/NA-Aktivist, als Stellvertreter des KAH-Generalsekretärs Rundschreiben an alle ehemaligen ANS/NA-Funktionäre in Nordrhein-Westfalen, in denen er das KAH als „legalen Arm der Bewegung“ bezeichnete. Er verwies auch auf eine

"Dienstvorschrift für Rhein-Westfalen" (DVRW 1984), in der die Dienstgrade und Gliederungen des KAH festgelegt wurden, die "den organisatorischen Rahmen für die politische Arbeit" bieten sollen.

Im Oktober 1984 wurden unter der Bezeichnung "KAH" Rundschreiben an ehemalige ANS/NA-Anhänger zu einem "Schulungs- und Besprechungstreffen" am 20./21. Oktober 1984 in den Räumen des Collegium Humanum in Vlotho versandt. Dieses Treffen ist als "Seminar über Umweltfragen und Naturreligionen" getarnt worden. Es nahmen ca. 25 Personen teil, überwiegend ehemalige ANS/NA-Funktionäre, die vor allem die Teilnahme der FAP an der Landtagswahl 1985 in Nordrhein-Westfalen erörterten.

1.8 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren ,Angehörige e.V. (HNG)

Die HNG stand 1984 im Zeichen einer von Michael Kühnen und einem weiteren ANS/NA-Funktionär aus Niedersachsen betriebenen Kampagne, mit der durch Übernahme von Ämtern der Einfluß der ANS/NA auf die HNG erweitert werden sollte.

Die damit verbundenen Auseinandersetzungen machten eine satzungsgemäße Vorstandsneuwahl auf der Jahreshauptversammlung am 7. Januar 1984 in Bielefeld unmöglich, so daß am 25. Februar 1984 eine außerordentliche Mitgliederversammlung in Speyer durchgeführt werden mußte. Eine ehemalige ANS/NA-Aktivistin und HNG-Bereichsbeauftragte aus Bielefeld wurde zur neuen Vorsitzenden gewählt; der erwähnte ehemalige ANS/NA-Funktionär aus Niedersachsen als verantwortlicher Redakteur der HNG-Schrift „Nachrichten der HNG" in seinem Amt bestätigt. Sitz der HNG ist nunmehr Bielefeld, da satzungsgemäß der Wohnsitz des Vorsitzenden hierfür maßgebend ist. Eine am 24. November 1984 in Kassel durchgeführte Mitgliederversammlung, an der insgesamt etwa 120 Personen teilnahmen, darunter ca. 25 Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen, die überwiegend der verbotenen ANS/NA angehörten, bestätigte den ANS/NA-Einfluß.

Die HNG-Vorsitzende erstattete einen Rechenschaftsbericht, in dem sie u.a. die Betreuung von zehn inhaftierten Rechtsextremisten als erfolgreich bezeichnete, die „Schikanen" der Behörden bei Erteilung der Besuchserlaubnisse jedoch beklagte.

1.9 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)

Nach den im Laufe des Jahres bekanntgewordenen Einzelaktionen muß davon ausgegangen werden, daß sich in einer Reihe von Orten des Landes Stützpunkte (evtl. auch Einzelpersonen) befinden, die Material der NSDAP-AO beziehen und verbreiten.

Seit Mitte 1983 erhielten im Raum Solingen/ Wuppertal mit dem Absender "NSDAP-A0Gau Solingen" insbesondere Frauenhäuser und andere Institutionen der Frauenbewegung Drohbriefe mit neonazistischem Propagandamaterial. Im Zuge polizeilicher Ermittlungen konnten im Januar 1984 zwei NPD-Anhänger aus Solingen und Wuppertal als Initiatoren dieser Pamphlete ermittelt werden. Das Material hatten sie per Post aus den USA von der dort

ansässigen NSDAP-AO in der Absicht bezogen, eine neonazistische Gruppe im Raum Solingen aufzubauen.

1.10 NS-Gruppe Müller

Wie schon in Vorjahren fanden am 21. April 1984 auf dem Anwesen des Neonazi Curt Müller in Mainz eine "Führergeburtstagsfeier" und im Juni und Dezember 1984 Sonnenwendfeiern statt, zu denen jeweils Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren, darunter auch NS-Anhänger aus Nordrhein-Westfalen.

Bei den Treffen war die Polizei anwesend, die die Teilnehmer vor dem Anwesen kontrollierte bzw. auf dem Anwesen überprüfte.

1.11 Rechtsextremistische Jugendgruppen

1.11.1 Wiking-Jugend (WJ)

Nach wie vor ist neben den JN die straff nach dem Führerprinzip geleitete WJ die stärkste rechtsextremistische Jugendorganisation. In ihrer Mitgliederstärke (Bund: ca. 440, Nordrhein-Westfalen: ca. 100) hat sich gegenüber dem Vorjahr in Nordrhein-Westfalen keine wesentliche Änderung ergeben.

Die Bereitschaft örtlicher WJ-Gruppen zur gewaltsamen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zeigte sich im Mai und September 1984 in Bonn, wo es an Informationsständen der NPD zwischen Angehörigen der WJ und der NPD sowie Punkern zu Schlägereien kam.

Neben den traditionellen Veranstaltungen (Sommer- und Winterlager pp.) führte die WJ in der ersten Septemberhälfte 1984 aus Anlaß des 1975. Jahrestages der Schlacht im Teutoburger Wald in Horn bei Detmold ein gemeinsames Treffen mit dem für „Rassenreinheit“ eintretenden Nordischen Ring e.V. durch, an dem auch Mitglieder der verbotenen ANS/NA teilnahmen.

1.11.2 Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)/ Gemeinschaft Volkstreuer Jugend e.V. (GVJ)

Der BHJ ist in Nordrhein-Westfalen 1984 kaum in Erscheinung getreten. Seine Mitgliederzahl dürfte bundesweit bei ca. 100 liegen.

Die 1983 durch Funktionäre aus Nordrhein-Westfalen vollzogene Abspaltung der GVJ vom BHJ hat keine nennenswerten Auswirkungen gezeigt. Die neue Jugendorganisation ist organisatorisch auf den Landesbereich beschränkt geblieben und im wesentlichen nur durch die Herausgabe ihrer Zeitschrift "Der Trommler" an die Öffentlichkeit getreten.

1.12 Sonstige Gruppen

Den sonstigen rechtsextremistischen Gruppierungen, vor allem den Kultur- und Weltanschauungsvereinigungen, kommt derzeit in Nordrhein-Westfalen keine besondere Bedeutung zu. Ihre Aktivitäten sind gering, und öffentlich treten sie nur gelegentlich in Erscheinung. Die Europäische Arbeiterpartei (EAP), deren eindeutige politische Zuordnung zu einer traditionell extremistischen Richtung

auch 1984 nicht möglich war, hat sich an den im Laufe des Jahres durchgeführten Wahlen beteiligt und folgende Ergebnisse erzielt:

Wahl zum Europäischen Parlament

6.883 Stimmen = 0,1 % (1979: 8.811 Stimmen = 0,1 %)

Kommunalwahl 1984 (Kandidatur nur in einzelnen Städten)

735 Stimmen = 0,0 %

Sie bleibt damit eine politisch unbedeutende Splittergruppe.

1.13 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

Nach dem Stand vom 31. Dezember 1984 befanden sich unter den ca. 340.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ohne Vorbereitungsdienst) - soweit bekannt - 13 Angehörige rechtsextremistischer Organisationen.

Sie verteilen sich auf die Ressorts wie folgt:

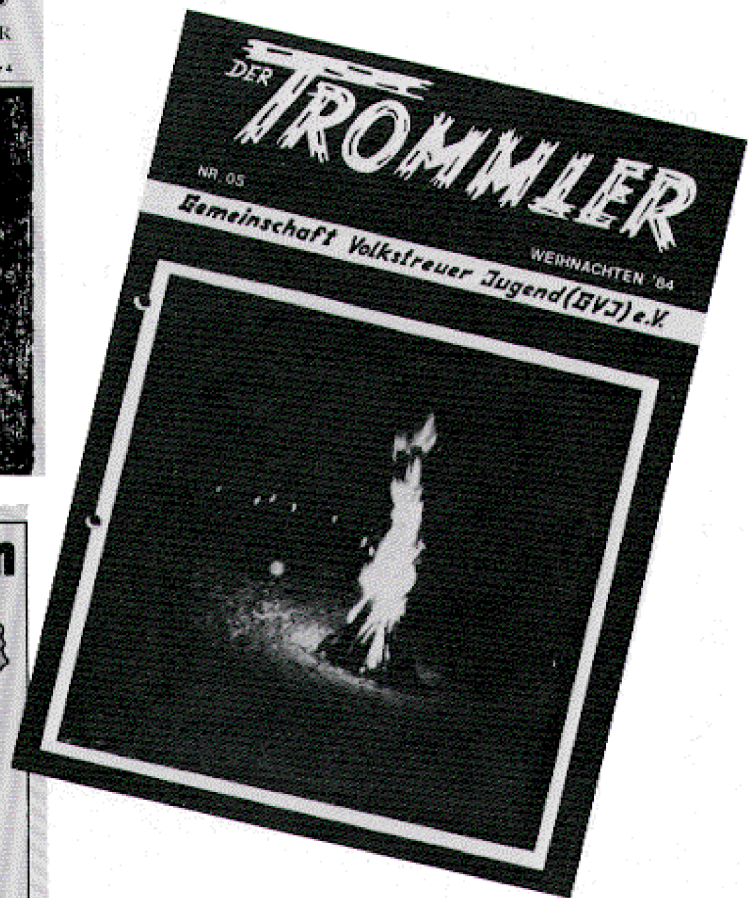
Rechtsextremisten

		FM	JM	KM	MWF	insg.
Beamte	NPD	1	1	5	2	9
	sonst.	—	2	1	—	3
Beamte ges.		1	3	6	2	12
Angestellte	NPD	—	—	—	1	1
	sonst.	—	—	—	—	—
Angestellte ges.		—	—	—	1	1
Rechts- extrem.	insges.	1	3	6	3	13

Die Zahl der erkannten Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst ist gegenüber 1983 um zwei zurückgegangen.







2 Linksextremismus

2.1 Entwicklungstendenz

1984 sind im Bereich des Linksextremismus - bis auf die Zerfallerscheinungen im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) - wesentliche Änderungen organisatorischer oder personeller Art nicht eingetreten. Die Zahl der Anhänger linksextremistischer Parteien und sonstiger Gruppierungen liegt in Nordrhein-Westfalen bei rd. 20.000. Davon sind ca. 18.000 dem "orthodoxen", d.h. moskautreuen Kommunismus, und ca. 2.000 der sogenannten Neuen Linken zuzurechnen.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) konnte ihre Position als stärkste linksextreme Gruppierung - wie bereits in den vergangenen Jahren - behaupten. Es gelang ihr jedoch trotz erheblicher Anstrengungen nicht, die Zahl ihrer Mitglieder (Nordrhein-Westfalen: ca. 12.000; Bundesgebiet: ca. 40.000) zu erhöhen. Ihre Aktivitäten waren insbesondere auf eine Verstärkung der sogenannten Aktionseinheits- und Bündnispolitik gerichtet. Im zunehmenden Maße setzte sie sich dabei für "Kampfformen" (Menschenkettens, Blockaden) ein, die ihr geeignet erschienen, neue Kräfte zu mobilisieren. Bei der Kommunalwahl 1984 in Nordrhein-Westfalen gelang es ihr zwar, die Zahl ihrer Ratsmandate zu erhöhen, landesweit mußte sie jedoch erhebliche Verluste an Stimmen in Kauf nehmen.

Die Nebenorganisationen der DKP

- *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)*
- *Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)*
- *Junge Pioniere (JP)*

blieben auch 1984 ideologisch und politisch eng mit der DKP verbunden.

Auch in den von der DKP beeinflussten Organisationen

- *Deutsche Friedens-Union (DFU)*
- *Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)*
- *Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)*

wurden die maßgeblichen politischen Entscheidungen weiterhin von kommunistischen oder eindeutig prokommunistischen Funktionären vorbereitet. Dies gilt auch für das am 18. März 1984 unter der Bezeichnung "Die Friedensliste" gegründete "Personenbündnis", das erstmals an der Europa-Wahl teilnahm und sich künftig an weiteren Wahlen, so an der Landtagswahl 1985 in Nordrhein-Westfalen, beteiligen will.

Von den Organisationen der dogmatischen Neuen Linken, die den Kommunismus sowjetischer Prägung ablehnen, kann lediglich die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) als relativ stabil angesehen werden. Es gelang ihr, im

Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit unter weitgehender Aufgabe ihrer bisherigen streng konspirativen Arbeitsweise, die Zahl ihrer Mitglieder zu erhöhen.

Die übrigen Organisationen der dogmatischen Neuen Linken haben weiter an Bedeutung verloren. Ihre Anhänger versuchten, durch Mitarbeit in anderen, vornehmlich ökologisch orientierten Gruppierungen Einfluß zu gewinnen. Der KBW, der sich bereits Mitte 1983 als Verein konstituiert hatte, will auf einer Mitgliederversammlung Mitte Februar 1985 seine Auflösung beschließen.*)

Linksextremisten, die den dogmatischen Marxismus-Leninismus ablehnen und eigene, unabhängige Zielvorstellungen entwickeln (undogmatische Neue Linke), finden sich in Nordrhein-Westfalen in zahlreichen kleinen und politisch unbedeutenden Gruppen. Hervorzuheben sind lediglich Gruppen und Einzelpersonen, die sich Autonome nennen, einen militant orientierten Anarchismus propagieren und die freiheitliche Demokratie als "Schweine-System" beseitigen wollen.

Das gesamte linksextremistische Spektrum hat sich auch 1984 bemüht, die Friedensbewegung durch maßgebliche Einflußnahme für seine Zwecke einzuspannen. Dieses Ziel wurde - wie in den Vorjahren - nicht erreicht.

Obwohl die Bedrohung durch terroristische Gruppen anhält, ist insgesamt eine Gefährdung der inneren Sicherheit unseres Landes durch den Linksextremismus nicht eingetreten.

*) Inzwischen geschehen. Vgl. Seite 32/33

2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Ziele

Die DKP repräsentiert den "orthodoxen", d.h. sowjetisch orientierten Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie folgt vorbehaltlos der von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vorgegebenen politischen und ideologischen Linie. Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus will sie nach dem Vorbild der DDR eine "sozialistische Gesellschaft" errichten, Obwohl sie sich zur "revolutionären Gewalt" als Mittel sozialistischer Umwälzung bekennt, die im Wege des Klassenkampfes erreicht werden müsse, behauptet die DKP, sie entwickle ihre Politik auf dem Boden des Grundgesetzes. Die verfassungsfeindliche Zielsetzung der DKP ist demgegenüber mehrfach durch höchstrichterliche Rechtsprechung, festgestellt worden.

Parteiorganisation

Die DKP verfügt über einen handlungsfähigen Parteiapparat, der sich im Kern aus geschulten Funktionären zusammensetzt.

Der Parteivorstand mit Sitz in Düsseldorf, der mehr als 100 Mitarbeiter beschäftigt, leitet 12 Bezirksorganisationen im Bundesgebiet an, darunter die Bezirksorganisationen Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen, bei denen - ohne Hilfskräfte - etwa 30 weitere Funktionäre in gehobenen Positionen tätig sind. Die 42 Kreisorganisationen in Nordrhein-Westfalen gliedern sich in etwa 300 Orts-, Stadtteil- und Wohngebietsgruppen und ca. 120 Betriebs- und Hochschulgruppen.

Finanzierung

In dem im September 1984 von der DKP vorgelegten Rechenschaftsbericht für 1983 hat sie für diesen Zeitraum bundesweit DM 17.809.552,66 als Einnahmen angegeben (1982: DM 16.488.871,62). Sie setzten sich mit einem Betrag von DM 8.673.479,50 fast zur Hälfte aus Spenden zusammen.

Mit einem etwa gleichen Betrag in Höhe von ca. 18 Millionen DM konnte die DKP auch 1984 ihre tatsächlichen Aufwendungen nicht bestreiten. Wie dargelegt, hat sie eine größere Anzahl hauptamtlicher Mitarbeiter. Hinzu kommen die erheblichen Ausgaben für die vielen Parteibüros, die Schulungsstätten, die Reisen der Funktionäre sowie die weitgefächerte Publizistik und die 1984 besonders festzustellenden fortlaufenden Agitationseinsätze. Es haben sich erneut Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die DKP - wie in den Jahren zuvor - Finanzzuwendungen in Höhe von mehr als 60 Millionen DM aus der DDR erhalten hat.

Publikationen

Als Zentralorgan gibt die DKP die Tageszeitung "Unsere Zeit" (UZ) heraus. Die Auflagenhöhe liegt bei knapp 25.000, während die Wochenendausgabe mit ca. 50.000 Exemplaren hergestellt wird.

Weiterhin erscheinen regelmäßig als wichtigste zentrale Schriften der "DKP-Pressedienst", die "Marxistischen Blätter", die "Nachrichten" (für Gewerkschaftsangehörige), der „Infodienst" (für DKP-Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen), die deutschsprachige Ausgabe der internationalen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus", die Broschüre "Praxis" (für die Parteiarbeit) und gelegentlich die "Landrevue" (für die Landbevölkerung).

Eine besondere Rolle nehmen die Betriebs-, Kreis- und Stadtteilzeitungen ein. 1984 konnten in Nordrhein-Westfalen ca. 140 Betriebs- und Hochschulzeitungen sowie ca. 130 Kreis- und Stadtteilzeitungen festgestellt werden, deren Auflagenhöhe durchschnittlich unter 10.000 Exemplaren lag.

Die Schriften werden überwiegend in der "Hausdruckerei" der DKP "Plambeck & Co. in Neuss hergestellt. Dieses Unternehmen beschäftigt ca. 350 Personen.

Betriebsarbeit

In dem Bemühen um eine "Erweiterung ihres massenpolitischen Einflusses in der Arbeiterklasse" mißt die DKP der Betriebsarbeit weiterhin besondere Bedeutung bei. In diesem Zusammenhang hat sie die Unterstützung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche zu einer zentralen Aufgabe der Partei gemacht und versucht, durch Beteiligung von Parteimitgliedern an außerparteilichen Aktionen und Demonstrationen für die 35-Stunden-Woche Einfluß in den Betrieben zu gewinnen. Anlässlich der Betriebsratswahl (März bis Mai 1984) trat sie erneut für gewerkschaftliche Einheitslisten ein und bekämpfte sogenannte "Spalterlisten".

Auf überörtlicher Ebene führte die Partei im Bereich der Betriebsarbeit zwei Großveranstaltungen durch:

Am 12. Februar 1984 fand in der Stadthalle Köln-Mülheim unter der Losung "Der Frieden muß siegen! - Jetzt erst recht: Arbeitsplätze statt Raketen" die erste zentrale Betriebsrätekonferenz der DKP statt. Vor über 400 Teilnehmern bezeichnete ein DKP-Funktionär aus Essen die Aktionseinheit und Solidarität der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung im Kampf um Arbeitsplätze und beim "Friedenskampf" als Schlüssel zum Erfolg. Weiterhin wies er - unter Übernahme der gewerkschaftlichen Forderungen - auf den "Kampf der DKP" um die Einführung der 35-Stunden-Woche hin.

Am 27. Oktober 1984 fand in Castrop-Rauxel der Kongreß "Frieden und Arbeit" statt, an dem ca. 1600 Personen teilnahmen. In seinem Eröffnungsreferat forderte der DKP-Vorsitzende Herbert Mies aus Düsseldorf eine noch engere Verbindung von "Arbeiter- und Friedensbewegung" und wies darauf hin, daß die Weiterentwicklung "betrieblicher Friedensinitiativen" dazu ein "unverzichtbarer Schlüssel" sei.

Schulung

Die DKP hat ein umfangreiches System von Schulungseinrichtungen geschaffen, um Mitglieder sowie Funktionäre ideologisch aus- und fortzubilden.

Sogenannte Betriebsarbeiterschulen in Dortmund, Düsseldorf, Essen und Köln haben im Rahmen dieses Systems die Aufgabe, DKP-Mitglieder auf wichtige Funktionen in Betrieben und Gewerkschaften vorzubereiten. Einen weiteren wesentlichen Beitrag leistet die Parteischule "Karl Liebknecht" in Leverkusen. Dort fanden im Jahre 1984 ca. 30 einwöchige Lehrgänge zur Einführung in die kommunistische Ideologie und Taktik statt.

Daneben stehen der DKP für die Schulung folgende Einrichtungen zur Verfügung:

- *Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. in Frankfurt/Main*
 - *Marxistische Arbeiterbildung (MAB) in Wuppertal als Dachverband der lokalen MAB-Bildungsgruppen und der Marxistischen Abendschulen*
 - *Verein Marx-Engels-Stiftung e.V. im Marx-Engels-Zentrum in Wuppertal*
 - *SED-Parteischule "Franz Mehring" in Ostberlin*
- und*
- *Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU in Moskau.*

Schwerpunkte der Parteiarbeit

Kommunalwahl 1984

Die DKP konzentrierte ihre Aktivitäten seit Juli 1984 auf die Kommunalwahl am 30. September 1984. Sie bildete in Erwartung eines für sie insgesamt ungünstigen Wahlergebnisses in solchen Gemeinden Schwerpunkte, in denen sie sich eine Wahlchance versprach, nämlich in Ahlen, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gevelsberg, Gladbeck, Hattingen, Solingen und Wülfrath. In den genannten

Städten wurde ein massierter Wahlkampf, zum Teil mit erheblicher Unterstützung aus anderen Kreisorganisationen, geführt.

Die DKP erhielt in den Stadträten von

Ahlen vier Mandate (1979: vier Mandate),

Bottrop fünf Mandate (1979: fünf Mandate),

Gevelsberg fünf Mandate (1979: drei Mandate),

Gladbeck drei Mandate (1979: fünf Mandate),

Hattingen drei Mandate (1979: drei Mandate),

und in der Bezirksvertretung

Gelsenkirchen-West ein Mandat (1980: ein Mandat).

Darüber hinaus erzielte sie erstmalig Wählerfolge in Wülfrath, Düsseldorf-Gerresheim und Essen-Altenessen. Im Rat der Stadt Wülfrath ist sie mit fünf Mandatsträgern, in den Bezirksvertretungen Düsseldorf-Gerresheim und Essen-Altenessen mit jeweils einem Mandatsträger vertreten.

In Oberhausen, Erkrath und Steinhagen wurde jeweils ein DKP-Mitglied als Kandidat anderer politischer Gruppierungen gewählt. Der Stimmenanteil der DKP ging insgesamt im Landesdurchschnitt gegenüber der Kommunalwahl 1979 von 0,7 % auf 0,4 % zurück.

Delegationsreisen in die DDR

Die Bezirksorganisationen Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen entsandten auf Einladung der SED-Bezirksleitungen Karl-Marx-Stadt, Halle und Leipzig im Jahre 1984 ca. 50 Delegationen in die DDR. Es handelte sich hierbei vorwiegend um Funktionärsdelegationen, Delegationen mit Mitgliedern aus Stadtteil- und Betriebsgruppen und sogenannte Frauen-, Eltern- und Veteranendelegationen. Sie umfaßten in der Regel nicht mehr als ca. 15 Personen. Der Aufenthalt in der DDR diente der Werbung für den "realen Sozialismus".

Zentrale Veranstaltungen

- *Am 7. Parteitag vom 6. bis 8. Januar 1984 in Nürnberg, der unter der Losung stand: "Der Frieden muß siegen! Jetzt erst recht: Arbeitsplätze statt Raketen", nahmen 651 ordentliche Delegierte und 127 Gastdelegierte aus dem Bundesgebiet teil. Entgegen den Angaben der DKP-Führungsgremien, daß davon fast 75 % Arbeiter und Angestellte seien, lag deren Anteil in Wirklichkeit unter 50 %.*

Der bisherige Parteivorsitzende Herbert Mies sowie sein Stellvertreter Hermann Gautier aus Bremen wurden mit großer Mehrheit in ihren Funktionen bestätigt. Von den weiteren 89 Mitgliedern des neu gewählten Parteivorstandes wohnen 35 in Nordrhein-Westfalen.

- *Während der Woche der DKP (21. bis 29. Januar 1984) haben die Bezirksorganisationen Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen auf größere, ihrer Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit dienende Aktionen verzichtet. Ihre politischen Aktivitäten beschränkten sich im wesentlichen auf vereinzelt Informationsstände und die Verbreitung von Flugblättern. Ihre Agitation richtete sich gegen die NATO-Nachrüstung und die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.*
- *Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 1984 führten DKP-Mitglieder auf Kreis-, Orts- und Stadtteilebene Hausbesuche sowie Veranstaltungen, zum Teil unter Mitwirkung von Song-, Folklore- und Laienspielgruppen, durch. Schwerpunkte waren hierbei die Themen "Für Frieden und gegen US-Raketen", "Für Gleichberechtigung und eine qualifizierte Ausbildung", "Für Arbeitsplätze und 35-Stunden-Woche".*
- *Vom 25. bis 27. Mai 1984 führte der Parteivorstand in Duisburg-Wedau das 6. "UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP" durch, das von etwa 200.000 Personen besucht wurde. Die 5. Veranstaltung dieser Art mit fast 400.000 Besuchern fand 1982 am gleichen Ort statt.*

Das Interesse der Besucher galt fast ausschließlich den Darbietungen von fast 1.000 Künstlern, Musikern und Sportlern.

- *Unter der Losung "Für Frieden und Arbeit - Freundschaft mit der Sowjetunion" entsandte die DKP vom 13. bis 26. Juli 1984 einen sogenannten Arbeiterzug 84 in die UdSSR.*

Die ca. 300 Teilnehmer - darunter schätzungsweise 80 aus Nordrhein-Westfalen - sollten sich über die "Hintergründe der sowjetischen Friedenspolitik und ein Gesellschaftssystem" informieren, "das frei von Ausbeutung, sozialer Unsicherheit und Arbeitslosigkeit ist".

Die Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland - unter ihnen angeblich auch Parteilose - wurden erwartungsgemäß mit großem propagandistischen Aufwand empfangen. Sie lernten in mehreren Teilen der Sowjetunion prestigeträchtige Wirtschaftsunternehmen, kulturelle sowie soziale Einrichtungen kennen. Ihre Gastgeber versuchten in zahlreichen Gesprächen, sie von der Friedensbereitschaft der Sowjetunion zu überzeugen.

- *Die Bezirksorganisationen Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen haben vom 19. November bis 24. November 1984 Veranstaltungen unter der Bezeichnung "Sozialismus - konkret - 35 Jahre DDR" ("Woche des realen Sozialismus") durchgeführt.*

Hierzu als Referenten geladene SED-Funktionäre versuchten ihren Zuhörern - es handelte sich dabei ganz überwiegend um DKP-Mitglieder - ein günstiges Bild von dem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der DDR zu vermitteln.

2.3 DKP-orientierte Jugend- und Studentenorganisationen

2.3.1 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die SDAJ beschloß auf ihrem VIII. Bundeskongreß am 15./16. Dezember 1984 in Bottrop ein "Arbeitsprogramm für die Grundrechte der Jugend", das "Grundlage der Politik des Verbandes und Richtschnur für den Kampf der gesamten SDAJ" werden soll. Dieses Programm enthält neben aktuellen arbeitsmarktpolitischen Forderungen Stellungnahmen zur Beendigung des Wettrüstens und zum Stopp der NATO-Nachrüstung, zur Verlängerung des Grundwehrdienstes und zur Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr.

In der Verbandsspitze traten wesentliche Änderungen ein. Zugleich wurden viele andere führende Funktionäre ausgewechselt; die meisten sind für Aufgaben in der DKP vorgesehen. Bei den teilweise zusammen mit den Jungen Pionieren (JP) durchgeführten und von der DKP unterstützten Pfingstcamps vom 9. bis 11. Juni 1984 in Ahlen, Bottrop, Essen, Gevelsberg, Kamp-Lintfort und Remscheid standen die Forderungen nach Stopp der US-Raketenstationierung, Einführung der 35-Stunden-Woche, Bereitstellung ausreichender Lehrstellen sowie die Solidarität mit Nicaragua im Mittelpunkt.

2.3.2 Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)

Auch im Jahre 1984 haben MSB und der Sozialistische Hochschulbund (SHB) ihre langjährige Aktionseinheit vor allem im Bereich der studentischen Selbstverwaltung an den Hochschulen des Landes - fortgesetzt. Der MSB gehörte - neben der SDAJ, dem SHB pp. - auch zu den Unterstützern der "Aktionswoche der Arbeiterjugend, Schüler und Studenten für das Recht auf Arbeit und Bildung" Ende November/Anfang Dezember 1984.

2.3.3 Junge Pioniere (JP)

Die "Kinderferienaktion" (Reisen von Kindern in die DDR) der DKP/JP in der Zeit vom 8. bis 25. Juli 1984 stand erneut unter dem Leitwort "Hallo, wir fahren in ein kinderfreundliches Land". Die Kosten betragen unverändert 130,DM je Kind; es reisten ca. 2.000 Kinder aus Nordrhein-Westfalen in Ferienlager in der DDR. Vorrangiges Ziel der JP war 1984 die zahlenmäßige Stärkung der Organisation sowie die Erweiterung des politischen Einflusses auf die Eltern, diesmal auch mit Blick auf die Kommunalwahl 1984. Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt.

2.4 DKP-beeinflußte Organisationen und Einrichtungen

Die DKP stützt sich zur Verfolgung bestimmter Teilziele auf eine Reihe von Organisationen oder Initiativen, die nach außen in der Regel unabhängig erscheinen, deren entscheidende Funktionen jedoch - vor allem im organisatorischen Bereich - in den Händen kommunistischer oder prokommunistischer Funktionäre liegen. Ihre Bedeutung ist um so größer, je unverfänglicher die aufgestellten Forderungen sind und je weniger der kommunistische Einfluß erkannt wird.

2.4.1 Deutsche Friedens-Union (DFU)

Wie in den Vorjahren war die DFU auch 1984 an den Vorbereitungen und der Organisation der Aktionen der Friedensbewegung und der "Krefelder Initiative" beteiligt.

Auf einem außerordentlichen "Unionstag" am 31. Mai 1984 hat die DFU neue

Organisationsformen beraten und beschlossen, den Parteistatus aufzugeben. Nach dem geänderten Statut will sie nunmehr ihre Ziele als "politische Vereinigung" verfolgen.

2.4.2 Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

Die ebenfalls in der Friedensbewegung aktive DFG-VK hat am 4./5. Februar 1984 in Duisburg ein bundesweites "Strategie-Seminar" durchgeführt, an dem ca. 130 Personen teilnahmen. In mehreren Arbeitsgruppen wurde eine Standortbestimmung zu folgenden Themen erarbeitet:

- *Ist die Entspannungspolitik gescheitert?*
- *Droht der Dritte Weltkrieg?*
- *Brauchen wir Friedensinitiativen?*
- *Tritt die Sozialfrage vor die Friedensfrage?*
- *Raketenveränderung durch Kriegsdienstverweigerung?*
- *Massenmobilisierung durch Volksbefragung?*

2.4.3 Demokratische Fraueninitiative (DFI)

Die DFI, die 1975 mit Unterstützung der DKP als Initiative "Internationales Jahr der Frau 1975" gegründet und 1976 in DFI umbenannt wurde, hat sich Anfang 1984 als eingetragener Verein mit über 38 Ortsgruppen auch in Nordrhein-Westfalen konstituiert. In ihrem Leitungsgremium, dem Zentralen Arbeitskreis - ZAK -, arbeiten seit Jahren DKP-Mitglieder und DKP-Funktionärinnen maßgeblich mit.

Einen Aktionsschwerpunkt sah sie auch 1984 im "Friedenskampf".

Auf dem am 2./3. Juni 1984 in Köln durchgeführten Bundeskongreß stand die Diskussion um ein Arbeits- und Aktionsprogramm" im Vordergrund, das vor allem "Stopp und Zurücknahme der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen", "Keine Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr", "35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" und "Streichung des § 218" forderte. Bei diesem Kongreß wurde auch die gewünschte Zusammenarbeit mit "allen fortschrittlichen Frauengruppen- und -organisationen" herausgestellt.

2.4.4 Krefelder Initiative

Am 14. Januar 1984 tagte in Bonn-Bad Godesberg auf Einladung der Krefelder Initiative der "Krefelder Kreis", der allen Friedensinitiativen als Forum dienen und den ständigen Dialog und die gegenseitige Information ermöglichen will. Das 4. Forum der Krefelder Initiative, das von der DFU vorbereitet und organisiert wurde, fand unter dem Motto

"Hiroshima mahnt - Für Europa und die Welt: Stoppt den Rüstungswahnsinn"

am 8./9. September 1984 in der Dortmunder Westfalenhalle statt.

Etwa 1.000 Teilnehmer aus Ost und West diskutierten in Einzelforen und Arbeitsgruppen die Aufgaben der "Friedensbewegung" im "Widerstand gegen Hochrüstung und die Aufstellung neuer US-Atomraketen" in der Bundesrepublik Deutschland.

Etwa 10.000 Personen besuchten die Abschlußveranstaltung "Künstler für den Frieden" mit Künstlern aus 12 Ländern, u. a. aus der DDR und der Sowjetunion.

Die Bundestagsabgeordneten Gerd Bastian und Petra Kelly erklärten am 13. Februar 1984 auf einer Pressekonferenz ihren Austritt aus der Krefelder Initiative (Krefelder Appell). Sie warfen der Führung vor "durch Erweiterung des Sprecherkreises und Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips den blockübergreifenden Charakter der Friedensbewegung aushöhlen zu wollen".

2.5 Bündnispolitik

Gemäß dem auf dem 7. Parteitag im Januar 1984 beschlossenen "Aktionsprogramm '84 für Frieden und Arbeit" standen neben den Auseinandersetzungen um die Einführung der 35-Stunden-Woche die Aktivitäten gegen die NATO-Nachrüstung im Mittelpunkt der Bemühungen um Aktionseinheit.

Die DKP hat so - unterstützt durch von ihr beeinflusste Organisationen - auch 1984 versucht, die Aktionen der Friedensbewegung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Alle von ihr unterstützten Aktionen, so z. B.

- *die Ostermärsche*
- *die Kampagne "Volksbefragung" anlässlich der Europawahlen am 17. Juni*
- *die Manöverbehinderungsaktionen mit "Menschengittern" und Schlußkundgebungen im Herbst*
- *die regionalen Großaktionen und Menschenketten" am 20. Oktober*
- *die "Solidaritätsaktionen" für Nicaragua am 3. November*
und
- *die "Tage der Verweigerung" vom 22. bis 24. November*

erzielten nicht den erwarteten Mobilisierungseffekt; die Teilnehmerzahlen blieben erheblich hinter den Erwartungen zurück.

Mehr Erfolg hatte die DKP mit der am 18. März 1984 bundesweit als "Personenbündnis" zur Europawahl konstituierten "*Friedensliste*". Initiatoren waren die DKP, die DFU und die Demokratischen Sozialisten. Etwa ein Drittel des Vorstandes (32 Personen) gehört der DKP bzw. der DFU an.

Bei der Europawahl am 17. Juni 1984 erhielt die "*Friedensliste*" ca. 313.000 Stimmen = 1,3 % (Nordrhein-Westfalen insgesamt 95.405 Stimmen = 1,3 %).

In Nordrhein-Westfalen wurde am 12. April 1984 die Gründung einer "*Friedensliste*" beschlossen. Sie hat inzwischen in 127 von 151 Wahlkreisen des

Landes Unterstützerkreise gegründet sowie ein "Landeskoordinierungsbüro" in Düsseldorf eingerichtet. Auch hier gehören den Führungsgremien Mitglieder von DKP und DFU an.

Auf einem Landestreffen der „Friedensliste“ am 18. November 1984 in Düsseldorf wurden die ersten "Thesen für ein Wahlprogramm" zur Landtagswahl 1985 in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Die DKP will zugunsten der "Friedensliste" auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichten.

2.6 Dogmatische Neue Linke

2.6.1 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die MLPD blieb 1984 mit rd. 1100 Mitgliedern (Nordrhein-Westfalen: ca. 430) die mitgliederstärkste Organisation der dogmatischen Neuen Linken. Sie gab ihre bis dahin überwiegend konspirative Arbeitsweise zugunsten einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit auf und konnte nicht zuletzt deswegen im Vergleich zum Vorjahr einen Mitgliederzuwachs von ca. 10% verzeichnen. Die Mehrzahl der Mitglieder ist nach wie vor in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg aktiv. Die Partei finanziert sich im wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Ziel der MLPD ist es, durch intensive Mitglieder- und Sympathisantenschulung sowie breite Öffentlichkeits- und Betriebsarbeit eine "Partei der Massen" zu werden und auf der Grundlage der Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung und dessen Idee der großen proletarischen Kulturrevolution" die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu erreichen. Den politischen Schwerpunkt bildet dabei die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, die durch die Herausgabe von zahlreichen Betriebszeitungen, vor allem in Unternehmen der Großindustrie, unterstützt wird.

Anlässlich der Kommunalwahl 1984 kandidierte die MLPD erstmalig in Gelsenkirchen und konnte 399 Stimmen (0,3 %) auf sich vereinigen. Der Wahlkampf war weitgehend vom Marxistisch-Leninistischen Schüler- und Studentenverband (MLSV) organisiert worden. In zunehmendem Maße versuchte die MLPD mit ihrem Revolutionären Jugendverband Deutschlands (RJVD), Kinder und Jugendliche an die Partei zu binden; jedoch ohne Erfolg.

Demgegenüber kommt dem Marxistisch-Leninistischen Bund Intellektuelle (MLBI) (bis zum 3. zentralen Delegiertentag im Dezember 1983 Bund Kommunistischer Intellektueller (BKI) im Rahmen der Mitglieder- und Sympathisantenschulung sowie im Rahmen von Parteiorganisation und -aufbau (Ideologie, Strategie und Taktik) besondere Bedeutung zu.

2.6.2 Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) - KPD -

Die Mitgliederzahl der KPD blieb konstant. Sie wird für Nordrhein-Westfalen wieder auf 150, (Bund: 400) geschätzt.

Auf der Tagung des ZK der KPD am 3./4. März 1984 wurde beschlossen, nicht zur Europa-Wahl am 17. Juni 1984 zu kandidieren, sondern sich auf eine Beteiligung an den Betriebsratswahlen und dem Kampf um die 35-Stunden-Woche zu konzentrieren.

Die KPD nahm erstmalig an der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen teil. Sie kandidierte lediglich in Dortmund, wo sie 131 Stimmen erhielt.

Am 14./15. Januar 1984 führten die Zentralen Komitees von KPD und dem eigenständig kaum noch in Erscheinung tretenden Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) in Köln unter Beteiligung von Vertretern der MLPD, der anarchistischen Freien Arbeiter Union (FAU), der Zeitschrift "Aufsätze zur Diskussion" und der von BWK, KPD und FAU gemeinsam unterhaltenen „Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik" ihre zweite gemeinsame Vollversammlung durch. Sie beschlossen, als nächsten Schritt der Zusammenarbeit eine vierteljährliche "theoretische Zeitung" herauszugeben, die als Beilage zu den zentralen Publikationen "Roter Morgen" (KPD) und "Politische Berichte" (BWK) erscheinen, aber gesondert vertrieben werden soll. Die erste Ausgabe befaßte sich mit der „Europäischen Gemeinschaft" als "Instrument für die Kapitalisten".

Die KPD-beeinflußte Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) führte am 23./24. Juni 1984 in Köln ihren 4. ordentlichen Kongreß durch. Im Mittelpunkt standen die Auswertung der Betriebsratswahlen, die Beratung der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche sowie innerorganisatorische Fragen. Der Antrag, die RGO in "Arbeitsgemeinschaft klassenkämpferischer Gewerkschafter" umzubenennen, fand keine Mehrheit. Es wurde ein Aufruf verabschiedet, sich an allen praktischen Aktivitäten zur Stärkung und Unterstützung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu beteiligen und sie mit zu organisieren.

Die Rote Hilfe Deutschlands e.V. (RH D) - "Rechtshilfeorganisation" der KPD - hielt am 2. Juni 1984 in Herten ihre V. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz ab, die nach eigenen Angaben im Zeichen der Diskussion um das "Selbstverständnis der RHD" stand. Es wurden die Möglichkeiten erörtert, eine überparteiliche, bundesweite Solidaritätsorganisation zu erhalten bzw. weiter aufzubauen.

Die Mitgliederzahl der von der KPD beeinflussten Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Volksfront) - V- wird für Nordrhein-Westfalen auf 500 (Bund: 1400) geschätzt. Am 12. Mai 1984 führte sie in Köln einen "Sonderkongreß" zur Frage "Arbeitsweise und Organisationsform der Volksfront" durch. Zentrale Themen des Kongresses waren die Grundsätze und die Satzung der Volksfront. Künftig wird sowohl auf einen 1. Vorsitzenden als auch auf das Präsidium verzichtet. Das Präsidium wird durch einen „Geschäftsführenden Ausschuß" ersetzt. Der Zentrale Vorstand wurde um sechs Mitglieder auf nunmehr 15 erweitert.

2.6.3 Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Die Mitgliederzahl und die Aktivitäten des KBW waren im Laufe des Jahres 1984 weiterhin rückläufig.

Auf der am 2. Juni 1984 durchgeführten Bundesleitungssitzung wurde als einziger Tagesordnungspunkt der Antrag auf Auflösung des KBW behandelt. Es wurde beschlossen, in Frankfurt/Main eine ordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, um über die Auflösung zu entscheiden und die Vermögensübertragung zu regeln. Alle anwesenden Bundesleitungsmitglieder

sprachen sich für die Auflösung des KBW aus. Auf einer Mitgliederversammlung am 16. Februar 1985 hat er die Auflösung beschlossen.

2.6.4 Marxistische Gruppe (MG)

Bei der MG handelt es sich nach ihrem Aufbau und Auftreten - obwohl sie den "Leninismus" offiziell ablehnt - um eine marxistisch-leninistische Kaderorganisation, die den demokratischen Staat durch die sozialistische Revolution beseitigen will. Wie die Erfahrungen beweisen, ist sie in der Lage, über ihren Mitgliederbestand (Bund: 1500) hinaus einen großen Anhängerkreis zu mobilisieren.

Die MG unterhält in Nordrhein-Westfalen weiterhin Stützpunkte in Bochum, Bonn und Dortmund.

Sie führte auch 1984 zahlreiche öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in Hochschulen bzw. Gaststätten mit z. T. bis zu 100 Besuchern durch.

2.7 Undogmatische Neue Linke

Undogmatische Linksextremisten lehnen die ideologischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus ab und streben einen eigenständigen Sozialismus an. Aus dem zum Teil schwer zu definierenden Spektrum der „Undogmatischen“ ist den militanten Autonomen besondere Beachtung zu schenken. Sie sind örtlich organisiert, haben aber selbst hier keine festen Organisationsstrukturen. Überörtliche Zusammenschlüsse sind auch in Ansätzen nicht erkennbar. Sie und ihre Anhänger bezeichnen die freiheitliche demokratische Grundordnung als ein "Schweine-System", das sie in eine herrschaftslose Gesellschaft verändern wollen. Ihre Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt ist vielfach durch entsprechendes Handeln unterstrichen worden. In Schriften militanter Autonomen findet sich der Slogan, der eine wesentliche Zielvorstellung wiedergibt:

"Zerschlagt die NATO! Zerschlagt den Staat! Zerschlagt Justiz- und Knastapparat! Unser Kampf wird niemals enden, auch nicht hinter Zuchthauswänden!"

Auch die undogmatische linksextremistische Szene hat sich an den Aktivitäten der Friedensbewegung beteiligt, konnte jedoch ebenso wie die Kommunisten keinen Einfluß in diesem Bereich gewinnen. Einzelaktionen, die militanten Kräften der Szene zuzuschreiben sind, richteten sich in Nordrhein-Westfalen gegen Munitionstransporte. In diesem Zusammenhang kam es vereinzelt zu Anschlägen gegen Bundesbahnanlagen mit geringfügigen Schäden. Die Zahl der Aktionen war gegenüber 1983 rückläufig.

2.8 Trotzismus

Die trotzkistische Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) hat in Nordrhein-Westfalen ca. 60 bis 80 Mitglieder (Bund: 250).

Anläßlich der Konferenz der GIM vom 2. bis 26. Februar 1984 in Frankfurt/Main wurde beschlossen, den Sitz der Zentrale nach Köln zu verlegen, da Nordrhein-Westfalen "Schwerpunkt für den weiteren Aufbau" der GIM werden soll. Diese Pläne sind bis zum Jahresende nicht verwirklicht worden.

Die von der GIM unterstützten Jugendgruppen "Rote Maulwürfe" entschieden sich am 13./14. Oktober 1984 in Köln auf ihrem bundesweiten Gründungskongreß hinsichtlich der Namengebung für "Revolutionär-Sozialistische Jugendorganisation - Roter Maulwurf". Es existieren inzwischen 16 Ortsgruppen. Im Anschluß an den Kongreß wählte die Bundesleitung ein "Bundesbüro", das seine Arbeit in Köln demnächst aufnehmen soll.

2.9 Linksextremisten im öffentlichen Dienst

Nach dem Stand vom 31. Dezember 1984 befanden sich unter den ca. 340.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ohne Vorbereitungsdienst) - soweit bekannt - 223 Angehörige linksextremistischer Organisationen.

Sie verteilen sich nunmehr auf die einzelnen Ressorts wie folgt:

		FM	KM	MWF	MAGS	MELF	insg.
Beamte	DKP	2	123	7	—	—	132
	sonst.	—	16	1	—	—	17
Beamte	ges.	2	139	8	—	—	149
Angestellte	DKP	2	36	29	1	1	69
	sonst.	—	2	3	—	—	5
Angestellte	ges.	2	38	32	1	1	74
Links- extrem.	insges.	4	177	40	1	1	223

Die Gesamtzahl der erkannten Linksextremisten im öffentlichen Dienst hat sich gegenüber 1983 nicht verändert.

Betriebszeitung der DKP Kamp-Lintfort
Querschlag nach Links
für die Kumpel der Zeche Friedrich-Heinrich

Arbeitsheize gestiegen!

Was des Volkes Hände schaffen soll des Volkes eigen sein!
DKP

Was machst du denn?



Betriebszeitung der DKP
Neue Seilfahrt
Für die Belegschaft der Schachtanlage Lohberg

Tag der Befreiung und des Friedens

Kein Datenmißbrauch?



roter KOBOLD
Zeitung der DKP für Vorwerk & Co

Es geht um Arbeitsplätze!
Jetzt Betriebsvereinbarung über 37-Stunden-Woche durchsetzen!

Inhalt:

Jul./August 84

Ausgabe Nr. 62

KIARLACK

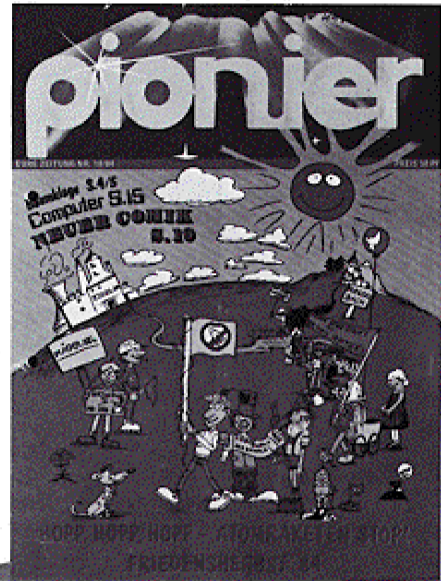
Gewinne steigen immer schneller
Hoechst zahlt mehr Dividende

TARIFRUNDE '84:

Ausgabe Nr. 63

Juni 84









3 Terrorismus

3.1 Entwicklungstendenz

Die den Hungerstreik der Häftlinge der Roten Armee Fraktion (RAF) seit Dezember 1984 begleitenden terroristischen Aktionen aus dem RAF-Bereich und dem Bereich solidarischer Gruppen haben die Regenerationsfähigkeit der RAF deutlich gemacht. Die RAF muß trotz der Festnahmen von sieben mutmaßlichen Mitgliedern im Juni/Juli 1984 und der anderen bisher erlittenen Rückschläge weiterhin als die gefährlichste terroristische Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden. Sie hat sich nach den 1984 gemachten Erfahrungen - stärker als vielfach angenommen - aus dem Umfeld rekrutieren und offenbar auch Anhänger außerhalb der Szene gewinnen können. Die nicht eindeutig festzulegende personelle Stärke des "harten Kerns" der RAF darf vor diesem Hintergrund nicht unterschätzt werden.

Die Zahl der Straftaten, zu denen sich Revolutionäre Zellen (RZ) sowie die ihnen angehörende autonome Frauengruppe Rote Zora bekannten, blieb im Land Nordrhein-Westfalen mit sechs Sprengstoff- bzw. Brandanschlägen im Jahr 1984 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Andere terroristische oder auf Gewalt und Sabotage ausgerichtete Kleingruppen haben ihre Gewaltaktionen fortgesetzt. Die terroristische Bedrohung der inneren Sicherheit hält damit unvermindert an.

3.2 Rote Armee Fraktion (RAF) und RAF-Umfeld

Die bundesweite Fahndung nach der RAF hat auch 1984 Erfolge erzielt.

Am 22. Juni 1984 wurde in Deizisau/Kreis Esslingen die in Paderborn geborene 28-jährige Manuela Happe, die sich zuletzt in Berlin aufhielt, nach einem Schußwechsel mit Polizeibeamten festgenommen; sie hatte versucht, sich einer Ausweiskontrolle durch Flucht und Schußwaffengebrauch zu entziehen.

Am 2. Juli 1984 nahm die Polizei nach einem Hinweis in einer konspirativen Wohnung in Frankfurt/Main sechs Personen, darunter vier mit Haftbefehl gesuchte mutmaßliche RAF-Terroristen, fest. Einer der Festgenommenen war den Sicherheitsbehörden bis dahin unbekannt. In der Wohnung wurden u. a. sechs Faustfeuerwaffen, Handgranaten, elektronische Zeitzünder, in- und ausländische Ausweispapiere und eine größere Geldmenge, darunter ein 500-DM-Schein aus dem Überfall im März auf eine Sparkasse in Würzburg, sowie schriftliche Unterlagen sichergestellt.

Unabhängig von diesen Festnahmen entdeckte die Polizei am 14. Juli 1984 nach einem Hinweis aus der Bevölkerung in Karlsruhe eine weitere konspirative Wohnung der RAF. Die bei den Festgenommenen und in den Wohnungen sichergestellten schriftlichen Unterlagen enthalten u. a. Aufzeichnungen, die auf Ausspähungen im Bereich der Justiz sowie von US-amerikanischen Einrichtungen und des NATO-Pipeline-Netzes in verschiedenen Regionen des Bundesgebietes hindeuten. Am 4. Dezember 1984 gaben Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar vor dem Oberlandesgericht in Stuttgart im Rahmen des gegen sie anhängigen Strafverfahrens "Hungerstreikerklärungen" ab. Diesem Hungerstreik haben sich

innerhalb kurzer Zeit über 30 in Haft befindliche Mitglieder der RAF, Häftlinge "aus dem antiimperialistischen Widerstand" sowie politisierte Häftlinge aus dem Bereich der allgemeinen Kriminalität angeschlossen.

Der Hungerstreik, der für die in Haft befindlichen Mitglieder der RAF die Fortsetzung ihres Kampfes mit anderen Mitteln bedeutet, zeigt auch, daß langjährige Haftzeiten die Häftlinge nicht davon abbringen, die - wie es in der "Hungerstreikerklärung" heißt - „imperialistischen Staaten Westeuropas mit dem US-Kernstaat BRD" zu bekämpfen; sie fordern

- *Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen*
- *Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle*
- *Aufhebung der Kommunikationssperre.*

Eine Reihe terroristischer Aktionen, wie der versuchte Sprengstoffanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18. Dezember 1984, zu dem sich die RAF unter der Bezeichnung "Kommando Jan Raspe" bekannte, sollen dem Kampf der Hungerstreikenden Nachdruck verleihen.

In Nordrhein-Westfalen wurden - offenbar von Anhängern der RAF - in diesem Zusammenhang folgende Straftaten verübt:

- *versuchter Sprengstoffanschlag auf das AEG-Kabelwerk in Mülheim a.d. Ruhr*
- *Sprengstoffanschlag auf das türkische Generalkonsulat in Münster*
- *Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der US-Army in Düsseldorf*

und

- *Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Wehrtechnischen Abteilung der Französischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg.*

Umfeld der Rote Armee Fraktion

Der im Herbst 1983 erstmals bekanntgewordene Versuch von Personen und Gruppen des Umfeldes der RAF, über die „Grußaktion an alle politischen Gefangenen" eine "antiimperialistische Front" aufzubauen, ist gescheitert.

Am 3. Januar 1984 erschien in der taz als ganzseitige Anzeige ein "Aufruf: Grüße an politische Gefangene", der von „Angehörigen der politischen Gefangenen", Gruppen des terroristischen Umfeldes und anderen linksextremen Gruppen unterstützt wurde. Ziel dieses Aufrufes war es, "der beginnenden Kontaktssperre gegen die politischen Gefangenen etwas entgegenzusetzen und die Situation öffentlich zu machen". Die Hoffnung auf positive Reaktionen in der Öffentlichkeit hat sich ebenso zerschlagen wie die Erwartung der RAF-Anhänger, daß die Aktion unter den beteiligten Gruppen zu einer breiteren Solidarisierung mit den Zielen der RAF führen werde. Ende August/Anfang September 1984 wurde in Düsseldorf eine - offenbar von Anhängern der RAF zusammengestellte - 50 Seiten

umfassende Broschüre mit dem Titel "Aufarbeitung der Grußaktion an alle politischen Gefangenen" verbreitet, in der sich neben inhaftierten RAF-Terroristen auch an der Grußaktion beteiligte Gruppen zu dieser Aktion äußern. Hierbei wird der Versuch deutlich, die Erfahrungen aus der Grußaktion im Kampf gegen das gesellschaftliche und politische System der Bundesrepublik Deutschland zu nutzen.

Am 28. September 1984 fand im AStA-Gebäude der Universität Düsseldorf eine Veranstaltung mit "Angehörigen der politischen Gefangenen" statt, an der rd. 150 Personen teilnahmen. Angehörige inhaftierter RAF-Terroristen berichteten über ihre Arbeit, die "Angriffe der BAW (Bundesanwaltschaft) gegen die Angehörigengruppe" und über die Situation der Gefangenen.

3.3 Revolutionäre Zellen (RZ)

Die Zahl der Anschläge der RZ ist 1984 insgesamt zurückgegangen. Dies ist offenbar bedingt durch den internen Prozeß der Diskussion und der Meinungsbildung, in dem die RZ ihr strategisches Konzept sowie ihr Verhältnis zu anderen terroristischen Gruppen und Gruppen des militanten Widerstandes zu klären versuchen.

Seit Anfang 1984 wird bundesweit ein 28 Seiten umfassendes "Diskussionspapier" der RZ *"In Gefahr und höchster Not, bringt der Mittelweg den Tod - Krise, Krieg, Friedensbewegung -"* verbreitet, in dem die RZ zu dem Schluß kommen: *"Wir müssen aus der fatalen Abhängigkeit von dem Friedensbündnis herauskommen und eigene Fronten aufbauen"*. Daneben stellen sich die RZ in dieser Schrift die Frage, ob die von ihnen als *"neue strategische Sektoren"* bezeichneten Bereiche Biotechnologie, Mikroelektronik, Energie- und Nahrungsmittelsektor sowie die Rohstoffausbeutung der Meere und Pole *"zu zentralen Angriffspunkten einer revolutionären Strategie in den Metropolen werden, ob Sabotage zur vorrangigen Kampfform der radikalen Linken wird, auf die hin wir uns zu qualifizieren und zu organisieren haben"*.

In der seit Anfang März 1984 verbreiteten Schrift *"Wolf im Schafspelz - 35-StundenWoche - Sozialpartnerschaft - Linke - Klassenantagonismus -"* fordern die RZ dazu auf, *"autonome sozialrevolutionäre Positionen ... zu entwickeln ... und sowohl auf Massen-(politischer) wie auf militanter Ebene voranzutreiben"*.

Die Rote Zora bringt in einem fiktiven Interview in der Juni-Ausgabe der Frauenzeitschrift "emma" zum Ausdruck, daß sie *"die gleichen Grundsätze wie die RZs"* habe, *"dieselbe Konzeption, illegale Strukturen aufzubauen, ein Netz zu schaffen, das der Kontrolle und dem Zugriff des Staatsapparates entzogen ist"*. Nur so könne sie - *"im Zusammenhang mit den offenen, legalen Kämpfen der verschiedenen Bewegungen - auch subversive und direkte Aktionen durchführen"*.

In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Anschläge der RZ gegenüber dem Vorjahr mit sechs konstant geblieben. Sie bekannten sich zu folgenden Anschlägen:

- | | |
|------------|---|
| 02.01.1984 | Sprengstoffanschlag auf das Zentralgebäude des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr in Gelsenkirchen, bei dem geringer Sachschaden entstand |
| 10.02.1984 | Sprengstoffanschlag auf das Türkische Generalkonsulat in Köln mit erheblichem Sachschaden |
-

- 12.03.1984 Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Entwicklungsländer mbH (DEG) in Köln mit einem Sachschaden in Höhe von rd. DM 50.000,-
- 19.05.1984 Sprengstoffanschlag auf ein leerstehendes Schulgebäude in Duisburg, das von der Fraunhofer-Gesellschaft angemietet und im Rahmen der Mikroelektronik-Forschung genutzt werden sollte, mit einem Sachschaden in Höhe von rd. DM 50.000,-
- 05.08.1984 Brandanschlag auf einen Lkw der Firma Kreuzer in Bonn mit geringem Sachschaden
und
- 12.08.1984 Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der Firma Wilhelm Koch GmbH in Gütersloh mit erheblichem Sachschaden.

Während in dem Tatbekenntnis zum Anschlag auf die DEG deren Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Dritten Welt kritisiert wird, knüpfen die anderen Bekennterschreiben mit Hinweisen auf Fahrpreiserhöhungen, den Prozeß gegen die türkischen Konsulatsbesetzer in Köln, die beabsichtigte Anmietung des Schulgebäudes durch die Fraunhofer-Gesellschaft sowie die Praxis von Privatunternehmen, Lohnarbeiten von Häftlingen in den Justizvollzugsanstalten ausführen zu lassen, polemisierend an aktuelle Ereignisse an.

3.4 Sonstiges terroristisches Umfeld

Weitere Straftaten mit politisch linksextremer Motivation lassen erkennen, daß örtliche Gruppen bereit sind, mit gewaltsamen Mitteln auf ihre politischen Zielvorstellungen hinzuweisen.

- *Am 20. Januar 1984 verursachten Unbekannte im Gebäude der AOK und LVA in Bielefeld durch Diebstahl von medizinischen Geräten sowie durch Verwüstungen innerhalb des Gebäudes einen Gesamtschaden in Höhe von über DM 100.000,-; sie bezeichneten die Tat in einem mit "Sabotage" überschriebenen Bekennterschreiben als "Aktion Rohrzange".*
- *In der Nacht zum 3. Februar 1984 wurden von unbekanntem Tätern am Neubau des Polizeidienstgebäudes in Paderborn bereits verlegte Elektrokabel zerschnitten und Anarchosymbole ("A" im Kreis) sowie die Buchstaben "RZ" in Fensterscheiben geritzt. Durch die Zerstörungen entstand Sachschaden in Höhe von rd. DM 100.000,-.*
- *Am 7. Mai 1984 drangen mit schwarzen Tüchern maskierte männliche und weibliche Personen in eine Ausstellung der Computerfirma Nixdorf in der Stadthalle in Gütersloh ein, warfen die Bedienungselemente einer Computeranlage von den Tischen und verspritzten Flüssigkeit (vermutlich Reinigungsmittel) auf die Geräte. Ein Täter schlug mit einem Vorschlaghammer auf einen "gläsernen Computer" ein. Der verursachte Sachschaden beträgt rd. DM 100.000,-.*
- *Im Herbst 1984 wurden im Landesbereich im Zusammenhang mit offenbar vorbereiteten bzw. bereits begangenen Straftaten Personengruppen aus Berlin*

und Hamburg festgenommen, die nach den Tatumständen und den sichergestellten Gegenständen dem terroristischen Umfeld zuzuordnen sind.

Die regelmäßig in Dortmund erscheinende linksextremistische Publikation "Regenbogen - Neue Folge" veröffentlicht immer wieder neben Tatbekenntnissen terroristischer Gruppen auch Beiträge aus dem terroristischen Umfeld. Sie dient nach einer Selbstdarstellung "den Radikalen aus allen Teilen der Rhein-Ruhr-Metropole als Instrument der gegenseitigen Information über" den "Widerstand" sowie "als Medium zum Austausch von Diskussionen und Meinungen". Daneben wollen die offenbar selbst aus dem terroristischen Umfeld stammenden Verfasser "als politische Teile der verschiedenen Bewegungen" ... "in die Lage kommen, zu zentralen Fragen und Hintergründen für Praxis und Theorie des antiimp. Widerstandes hier im Land auch was beitragen zu können".

3.5 Sonstige linksextremistisch motivierte Gewalttaten

Örtlichen militanten oder linksterroristischen Kleingruppen dürften folgende Gewalttaten zuzurechnen sein:

04.05.1984 Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des Polizeiführers der Einsatzhundertschaft Essen in Mülheim a.d. Ruhr. Geringer Sachschaden. Täter waren nach einer Bekennung Sympathisanten Krefelder Gewalttäter (Philadelphiade).

05.07.1984 Brandanschlag auf die Polizeistation in Sendenhorst. Geringer Sachschaden.

03.09.1984 Brandanschlag auf den Neubau eines Polizeidienstgebäudes in Bochum. Geringer Sachschaden.

17.09.1984 Anschlag auf die NATO-Pipeline in Kalletal-Bavenhausen. Geringer Sachschaden.

31.12.1984 Brandanschlag auf fünf Lastkraftfahrzeuge der Bundeswehr in Ennepetal. Schaden ca. DM 50.000,-.

Insgesamt sind 1984 bei den Polizeibehörden des Landes 112 (1983: 85) vollendete oder versuchte Gewalttaten registriert worden und zwar

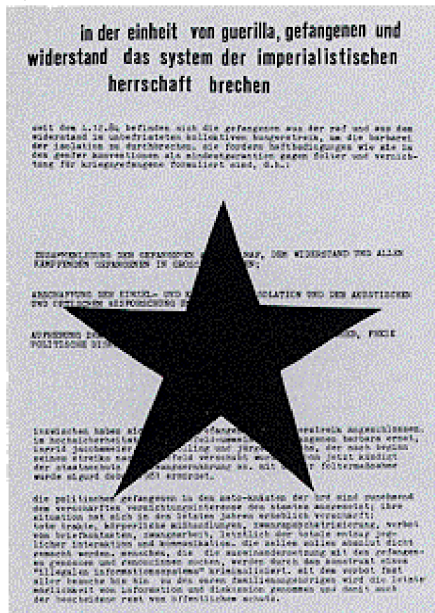
15	Sprengstoffanschläge
19	Brandanschläge
11	gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr
35	Anschläge auf Verteidigungsanlagen
29	Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung
1	Raubüberfall
1	Erpressung
1	gefährliche Körperverletzung.

Der Anstieg gegenüber 1983 beruht auf den im ersten Halbjahr 1984 massierten Eingriffen in den Bahnverkehr in Verbindung mit Munitionstransporten auf den Bundesbahnstrecken Recklinghausen, Gelsenkirchen, Herne (10 Fälle) und auf den Beschädigungen von Sprengschachtanlagen im Regierungsbezirk Detmold (26 Fälle), die noch mit den Bundestagsbeschlüssen zur Raketennachrüstung vom Dezember 1983 im Zusammenhang gestanden haben dürften. Die Brand- bzw. Sprengstoffanschläge gingen gegenüber 1983 von 58 auf 19 bzw. von 20 auf 15 zurück.

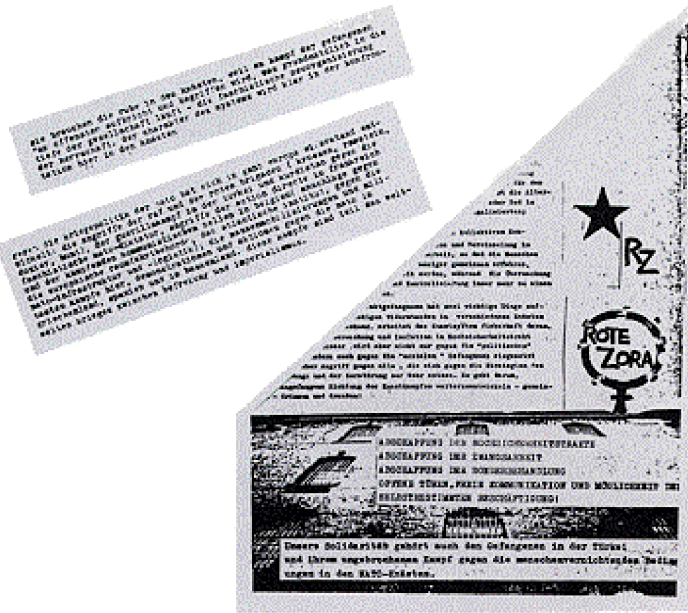
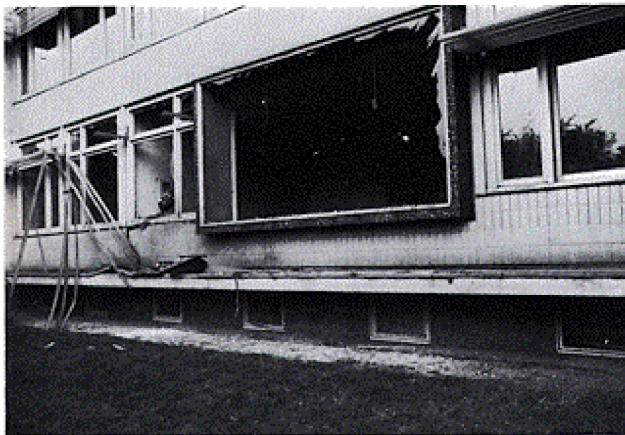


Sprengstoffanschlag „Rev. Zellen/Rote Zora“ z.N.d. Fa. Wilhelm Koch GmbH in Gütersloh am 12. 8. 1984





Sprengstoffanschlag „Rev. Zellen“ auf ein leerstehendes Schulgebäude in Duisburg am 19. 5. 1984



Sprengstoffanschlag „Rev. Zellen“ auf das Türkische Generalkonsulat in Köln am 10. 2. 1984



4 Ausländerextremismus

4.1 Entwicklungstendenz

Gegen Ende 1984 lebten in Nordrhein-Westfalen ca. 1,3 Millionen ausländische Mitbürger (darunter rund 490.000 Türken). Davon sind annähernd 21.000 Anhänger extremistischer Organisationen verschiedener Nationalitäten und Volksgruppen. Die Zahlen machen deutlich, daß auch 1984 die überwältigende Mehrheit (98,4 %) der ausländischen Mitbürger trotz vielfältiger Schwierigkeiten im sozialen und gesellschaftlichen Bereich sich nicht an extremistischen Bestrebungen beteiligt hat.

Soweit sich Ausländer extremistisch betätigen, ist die Bereitschaft erkennbar, bei der Verfolgung politischer Ziele und in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern schnell zur Gewalt zu greifen. Hieraus dürften sich die zahlreichen Gewalttaten in diesem Bereich erklären.

Im Bereich der rechtsextremen Organisationen der Türken sind die Aktivitäten zurückgegangen. Die Mitgliederzahl der rechtsextremen Türk-Föderation in Nordrhein-Westfalen hat sich fast um die Hälfte verringert.

Auch die moskauorientierte FIDEF hat 1984 zahlreiche Anhänger verloren, bleibt aber die stärkste Organisation des orthodox-kommunistischen Lagers. Die Anhängerschaft der türkischen Neuen Linken erscheint trotz Verbots der DEV SOL und des Strafverfahrens gegen einen Teil ihrer Anhänger (Konsulatsbesetzer) im wesentlichen unverändert. Von ihr gingen auch die meisten Aktivitäten aus, insbesondere von der Arbeiterföderation ATIF (mit Sitz in Duisburg) und von der Föderation demokratischer Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland (DIDF, Sitz Köln). Schwerpunkte der Bestrebungen aller linksextremistischen Türken waren nach wie vor die Agitation gegen die Bundesrepublik Deutschland, die Kampagne gegen rechtsextremistische Landsleute und der Kampf gegen das türkische Militärregime.

Extremistische Organisationen der Kurden agitierten weiterhin für nationale Selbstbestimmung in der Türkei. Im Vordergrund standen Protestaktionen gegen die Verfolgungen, denen kurdische Extremisten im Heimatland ausgesetzt sind.

Die Verhältnisse in einigen anderen vorderasiatischen Staaten (Afghanistan, Irak, Iran, Pakistan pp.) waren für hier aktive extremistische Gruppen aus Angehörigen dieser Staaten Anlaß zu Demonstrationen und sonstigen Aktionen, bei denen es in Einzelfällen auch zu tätlichen Auseinandersetzungen kam. Exekutivmaßnahmen gegen extremistische Jugoslawen (Exilkroaten) förderten Waffen, Munition und umfangreiches Schriftmaterial zu Tage.

4.2 Türken

Rechtsextremisten

***Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.
(Türk-Föderation)***

In der Türk-Föderation (Sitz Frankfurt/Main) sammeln sich hier lebende extreme Nationalisten und Antikommunisten (sog. Graue Wölfe). Sie hat 1984 an politischem Einfluß verloren. Die Zahl ihrer Mitglieder in Nordrhein-Westfalen ging um etwa die Hälfte auf rd. 2500 zurück. Der Grund dürfte vor allem darin liegen, daß es der Organisation an Führerpersönlichkeiten mangelt. Ihre Leitfigur Türkes ist seit Jahren im Heimatland inhaftiert; ihr früherer Vorsitzender Celebi, inzwischen wegen mutmaßlicher Beteiligung am Papstattentat (Rom, Mai 1981) angeklagt, befindet sich seit seiner Auslieferung aus Deutschland (Januar 1983) in italienischer Haft. Auf dem 6. großen Kongreß (Jahreshauptversammlung) im April 1984 in Wiesbaden wurden drei Personen aus Nordrhein-Westfalen in den neuen Vorstand gewählt.

Kultur- und Idealistenvereine

In Nordrhein-Westfalen sind der Türk-Föderation über 30 Kultur- und Idealistenvereine zuzurechnen, deren Aktivitäten 1984 insgesamt nachließen. Sie traten durch sog. Kulturveranstaltungen (mit politischem Einschlag) in Erscheinung.

An einer vom Türkischen Verein in Gelsenkirchen-Horst e.V. Ende Januar 1984 organisierten Veranstaltung beteiligten sich über 500 "Graue Wölfe" aus dem gesamten Bundesgebiet. Ca. 100 politische Gegner, vor allem linksextremistische Landsleute, protestierten gegen die Zusammenkunft. Auch gegen die zentrale Veranstaltung des Türkischen Kulturvereins Krefeld im Februar 1984 mit etwa 700 Besuchern aus Nordrhein-Westfalen richtete sich eine Gegendemonstration von Linksextremisten. Ähnlich verlief ein Folkloreabend in Wuppertal im Dezember 1984.

Islamisch-extremistische Organisationen

Neben den nationalistischen Vereinigungen der Türken agieren in unserem Land eine Reihe von islamisch-fundamentalistisch (und gleichfalls antikommunistisch) ausgerichteten türkischen Dachorganisationen. Sie haben die Kultur- und Idealistenvereine und deren Dachverband Türk-Föderation an politischer Bedeutung überflügelt.

Die Zahl ihrer Mitgliedsvereine/Zweigstellen in Nordrhein-Westfalen beläuft sich auf rund 70 mit inzwischen über 8.000 Einzelmitgliedern. Die Spannungen im - früher einheitlichen - islamisch-extremistischen Block laufen auf eine weitere Trennung der Organisationen hinaus, Ursache sind unterschiedliche Vorstellungen über die - auch politisch bedeutsame - Auslegung des "wahren Islam". Meist abhängig von der Meinung ihrer Vorstände oder Vorbeter wechselten Mitgliedsvereine 1984 vermehrt die Dachorganisationen. Als solche sind zu nennen:

- *Islamische Union Europa e.V. (Sitz: Köln)*

mit derzeit 37 Mitgliedsvereinen oder Zweigstellen und insgesamt etwa 4.500 Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen. Sie nennt sich seit kurzem auch Islami Hareket (Islamische Bewegung).

- *Islamisches Zentrum Köln e.V. (IZ)*
-

mit über 20 Mitgliedsvereinen und ca. 2.400 Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen. Früher personell mit der Islamischen Union Europa verbunden, hat das IZ auf seiner Jahreshauptversammlung im Mai 1984 die führenden Mitglieder der Union ausgeschlossen.

- *Föderation der islamischen Zentren Deutschland e.V.*

mit 11 Mitgliedsvereinen und ca. 1300 Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen. Ende 1982 von der Islamischen Union Europa abgespalten, hat sie ihren Sitz ebenfalls in Köln.

- *Föderation islamischer Gemeinden im Ruhrgebiet e.V. (FIG)*

Sie wurde am 29. Juni 1984 in Kamen gegründet, wo sich auch ihr Sitz befindet. Die FIG wird von den Mitgliedsvereinen der drei vorgenannten Dachverbände gebildet, Ihr "Generalpräsident" unterhält enge Kontakte zur Islamischen Union Europa wie auch zum IZ.

Linksextremisten

Aktionen linksextremistischer Organisationen der Türken richteten sich 1984 gegen staatliche Organe wie auch gegen das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland. So beteiligten sich Mitte März 1984 Türken und Kurden in Köln an einer zentralen Demonstration gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung. In einem im April 1984 erfaßten Flugblatt rief die Spaltergruppe Bolsevik Partizan der TKP/Marxisten-Leninisten zur

"Zerschlagung des imperialistischen westdeutschen Staatsapparates durch die sozialistische Revolution"

auf. In einer weiteren Flugschrift bezeichnete sie u. a. den "imperialistischen westdeutschen Staat" als "Zielscheibe, deren Sturz notwendig ist". Die Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) verbreitete ein Flugblatt mit der Überschrift, "Ausländerfeindlichkeit ist Staatspolitik" und äußerte in einer anderen Flugschrift: "Der westdeutsche Imperialismus ... bereitet sich allseitig auf eine revanchistische Weise auf den III. Weltkrieg vor." Anfang Mai 1984 beteiligten sich zahlreiche Türken an einer "antifaschistischen" Demonstration der DKP, u. a. gegen ein Treffen von Skinheads in Duisburg, bei der es zwischen den gegnerischen Gruppen zu Tötlichkeiten kam, die massiven Polizeieinsatz erforderten.

Linksextremistische Türken, die im Heimatland nicht agieren können, arbeiten weiterhin von deutschem Boden aus unvermindert auf den Sturz des Militärregimes hin und bekämpfen dessen Verfolgungsmaßnahmen. Sie unternahmen, oft von Deutschen unterstützt, während des ganzen Jahres 1984 Protestaktionen verschiedener Art gegen Folter und Hinrichtungen von Gesinnungsgenossen, Unterdrückung von Kurden und allgemein gegen die "faschistische Junta". Hervorzuheben ist der von Anhängern der DIFD organisierte "lange Marsch" von Mitte April bis Mai 1984, der sich gegen die Verhältnisse in den türkischen Gefängnissen richtete und von Düsseldorf zum Straßburger Sitz des Europarates führte. Zentrale Protestkundgebungen führten die moskautreuen Kommunisten bzw. die Neue Linke am 8. September 1984 mit jeweils rd. 3.000

Anhängern in der Kölner Innenstadt durch. Bolsevik Partizan demonstrierte mit rd. 150 Personen getrennt im Stadtteil Deutz.

Devrimci Sol (DEV SOL)

Vor dem Landgericht Köln begann Anfang Januar 1984 das Strafverfahren gegen zehn Anhänger der - im Vorjahr vom Bundesminister des Innern verbotenen - DEV SOL (Revolutionäre Linke), die im November 1982 das türkische Generalkonsulat in Köln besetzt und Geiseln genommen hatten. Während des Prozesses kam es zu mehreren - z. T. gewaltsamen - Störaktionen türkischer und deutscher Sympathisanten. Durch Urteil vom 3. April 1984 wurden alle DEV SOL-Angeklagten mit Freiheitsentzug zwischen vier und viereinhalb Jahren bestraft. Hiergegen hat die Staatsanwaltschaft Köln Revision eingelegt.

Föderation der Einheit für die Demokratie der Arbeiter aus der Türkei in Europa (DIB-AF)

Mitte Januar 1984 wurde in Düsseldorf die DIB-AF gegründet. Den Vorsitz übernahm der bisherige Leiter des Komitees "Einheit für Demokratie - Europakomitee" (DIB-AK), das die Ziele der moskautreuen Arbeiterpartei der Türkei (TIP) vertritt.

Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FIDEF)

Die FIDEF (Sitz Düsseldorf), die von der orthodoxen Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) maßgeblich beeinflusst wird, hielt im April 1984 in Essen ihren 8. Jahreskongreß ab. Es nahmen zwischen 800 und 900 Personen teil. Unter den Gästen befand sich ein DKP-Präsidiumsmitglied. Eine Begegnungsstätte türkischer Staatsangehöriger in Hamm, die vom örtlichen FIDEF-Verein unterhalten wird, war in der Nacht zum 8. Oktober 1984 Ziel eines Brandanschlages.

4.3 Kurden

Als Reaktion auf einen Hungerstreik kurdischer Häftlinge gegen ihre Haftbedingungen in der Türkei kam es in Nordrhein-Westfalen zu einer Serie von Solidaritätsdemonstrationen kurdischer und türkischer Extremisten, darunter

- *Besetzung von DGB-Häusern in Bochum, Düsseldorf und Köln*
- *Solidaritätshungerstreiks in Bielefeld und Lüdenscheid*
- *Autokorso in Bonn*
- *Besetzung der Büros der Grünen und von Amnesty International in Düsseldorf*
- *Ankettungsaktion in Bielefeld*

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Die orthodox-kommunistische PKK hat sich in Flugblättern und ihrem deutschsprachigen Organ "Kurdistan Report" dazu bekannt, im Sommer 1984

mehrere Abweichler und angebliche Verräter liquidiert zu haben. Im Zusammenhang mit der Ermordung eines Kurden am 7. August 1984 in Rüsselsheim wird in dieser Richtung ermittelt. Andere Vereinigungen der Kurden und Türken haben sich wegen dieser Taten von der PKK distanziert.

Mit einer zentralen Kundgebung am 8. September 1984 protestierten rd. 2.000 Anhänger der PKK in Duisburg gegen das Militärregime in der Türkei. Außerdem prangerten PKK-Anhänger im Oktober 1984 in Köln türkische Militäroperationen gegen kurdische "Widerstandskämpfer" an; ein Teil der Gruppe hielt die Aussichtsplattform des Doms besetzt. Ihren 7. Gründungstag feierte die PKK Anfang Dezember 1984 in der Kölner Sporthalle. Anwesend waren rd. 4.000 Personen aus dem In- und Ausland.

Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland (FEYKA-KURDISTAN)

Im März 1984 wurde in Köln die FEYKA-KURDISTAN gegründet. Sie faßt die von der PKK beeinflussten örtlichen Vereine der Kurden zusammen. Bereits im April/Mai 1984 führte der neue Verband einen mehrwöchigen Sternmarsch nach Bonn durch, der sich gegen "Unterdrückung, Folter und Massaker" in türkischen Gefängnissen richtete und zugleich forderte, die Mitgliedschaft der Türkei im Europarat aufzuheben.

Föderation der Arbeitervereine Kurdistans in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (KOMKAR)

Anfang Juni 1984 veranstaltete die orthodox-kommunistische KOMKAR in Köln ihren 6. Jahreskongreß. Einer der Gastredner war ein DKP-Vorstandsmitglied. Der Kongreß verlangte eine Generalamnestie für die politischen Gefangenen in der Türkei und Türkisch-Kurdistan. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die Kurden als selbständige nationale Minderheit anzuerkennen.

4.4 Iraker

Islamische Union Irakischer Studenten (I.U.I.S)

Die fundamental islamisch ausgerichtete I.U.I.S. steht der rechtsextremistischen - persischen - Union der Islamischen Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) und dem Revolutionsführer Khomeini nahe.

Im März, April und im September 1984 protestierten I.U.I.S.-Sympathisanten in Bonn "gegen die Benutzung chemischer Waffen von seiten des Irak gegen islamische Städte am Golf", "gegen die Aggression des irakischen Regimes" und für die Errichtung einer islamischen Republik Irak.

Generalunion Arabischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (GUAS) - Irakische Sektion

Im Anschluß an die Bonner I.U.I.S.-Kundgebung im April 1984 hatte die - regimetreue - irakische Sektion der sozialrevolutionär-nationalistischen GUAS zu einer Demonstration in Bonn aufgerufen, bei der es zu Auseinandersetzungen mit am Kundgebungsort verbliebenen iranfreundlichen Irakern kam. Eine drohende Eskalation konnte nur durch die Polizei vermieden werden.

4.5 Iraner

In der in Köln ansässigen Moslemischen Studentenvereinigung (MSV) sammeln sich die im Bundesgebiet lebenden Anhänger der Volksmohajedin, die das Khomeini-Regime erbittert bekämpfen.

Wie im Vorjahr gedachte die MSV im Februar 1984 in Bonn mit einer Kundgebung des Todestages führender Volksmohajedin-Funktionäre. Zur Erinnerung an blutige Ausschreitungen in Persien vor drei Jahren führte sie im Juni 1984 ebenfalls in Bonn eine Kundgebung durch. Ca. 650 Demonstranten, teilweise in Sträflingskleidung (symbolisch für die im Heimatland inhaftierten Volksmohajedin), forderten auf Transparenten und in Sprechchören "Freiheit für alle politischen Gefangenen im Iran".

4.6 Afghanen

Für Ende Juni 1984 hatte die Union der afghanisch-islamischen Studentenvereine in Europa e.V. (UIAAS), die sich als Teil der islamischen Bewegung des afghanischen Volkes versteht zu einer zentralen Kundgebung nach Köln aufgerufen. An diesem letzten Tag des Fastenmonats Ramadan lenkten rd. 1300 moslemische Teilnehmer die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse in Afghanistan, die Palästinenserfrage und den irakisch-iranischen Krieg. Am 9. August 1984 drangen 13 Afghanen in die Botschaft der Demokratischen Republik Afghanistan in Bonn ein. Sie begingen Sachbeschädigungen und verletzten einen Attaché und den Hausmeister durch Faustschläge und Fußtritte. Die Besetzer, die sich als Regimegegner bezeichneten und aus verschiedenen deutschen Städten kamen, wurden vorläufig festgenommen.

Zum 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches forderten die Generalunion der afghanischen Studenten im Ausland e.V. (GUAFS) in Köln sowie der Rat der islamischen Vereinigungen der Afghanen in Europa (VIRAE) und ein eigens gegründeter "Demonstrationsausschuß 27.12.1984", bestehend aus der Föderation der Afghanen und afghanischer Studenten im Ausland e.V. (FASA) und anderen Gruppierungen, auf einer Veranstaltung am 27. Dezember 1984 in Bonn den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan.

4.7 Palästinenser

Vor einem Aachener Studentenwohnheim lieferten sich Ende September 1984 Anhänger des Palästinenserführers Arafat und seines Gegenspielers Abu Musa eine blutige nächtliche Schlägerei. Sie waren mit Holzknüppeln, Stiletten und einer Pistole bewaffnet. Ein Palästinenser erlitt lebensbedrohende Stich- und Kopfverletzungen, ein anderer trug Schnittwunden an der Hand davon. Die Polizei nahm fünf Tatverdächtige fest; gegen sie wird wegen versuchten Totschlags ermittelt.

4.8 Jugoslawen

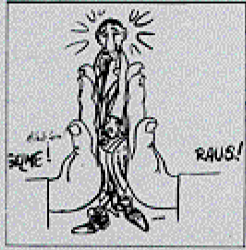
Nach Sprengstoffanschlägen 1981 und 1982 in Baden-Württemberg und Jugoslawien führt das Oberlandesgericht Stuttgart gegen verdächtige Exilkroaten ein Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Im Rahmen des Verfahrens fanden Ende Januar 1984 in Nordrhein-Westfalen Durchsuchungen u. a. bei drei bekannten kroatischen Extremisten statt; in einem Fall (Dortmund) wurden eine Pistole und ca. 300 Schuß Munition gefunden.



ATIF (Almanya Türkiye İsticiler Federasyonu)

AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT IST STAATSPOLITIK

Kardem Begün der Vorsitzende des türkischen Immigrantens in Nordrhein-Westfalen... In den vergangenen Jahren...



Während dieser ganzen Phase des Entstehens der nationalistischen Arbeiter... in gegenwärtiger Lage...

den türkischen Arbeiter... durch die Gründung... der türkischen Arbeiter...

DIE AUSLÄNDISCHEN ARBEITER KÄMPFEN GEMEINSAM MIT IHREN DEUTSCHEN KOLLEGEN GEGEN DIE AUFRÜSTUNG UND KRIEGSVORBEREITUNG

Wir von den Türken... die gegenwärtigen... die Aufrüstung... die Kriegsvorbereitung...

Die 11. September... durch die Aufrüstung... die Kriegsvorbereitung... die Aufrüstung...

Die 11. September... durch die Aufrüstung... die Kriegsvorbereitung... die Aufrüstung...

Die 11. September... durch die Aufrüstung... die Kriegsvorbereitung... die Aufrüstung...

Die 11. September... durch die Aufrüstung... die Kriegsvorbereitung... die Aufrüstung...

Die 11. September... durch die Aufrüstung... die Kriegsvorbereitung... die Aufrüstung...

Die 11. September... durch die Aufrüstung... die Kriegsvorbereitung... die Aufrüstung...

Die 11. September... durch die Aufrüstung... die Kriegsvorbereitung... die Aufrüstung...

Die 11. September... durch die Aufrüstung... die Kriegsvorbereitung... die Aufrüstung...

Die 11. September... durch die Aufrüstung... die Kriegsvorbereitung... die Aufrüstung...

Die 11. September... durch die Aufrüstung... die Kriegsvorbereitung... die Aufrüstung...

5 Spionageabwehr

5.1 Entwicklungstendenzen

Auch 1984 war die Bundesrepublik Deutschland intensiven Spionageaktivitäten der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten ausgesetzt.

Besondere Beachtung verdienen hierbei die in den letzten Jahren erheblich verstärkten Anstrengungen der östlichen Nachrichtendienste auf dem Gebiet der Militärspionage. Ein weiterer Schwerpunkt war die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage. Die Staaten des Warschauer Paktes unternahmen weiterhin erhebliche Anstrengungen, um Informationen über Spitzenentwicklungen und -produkte auf den Gebieten der Datenverarbeitung, Chemie, Werkstoffherstellung, Elektronik und Nukleartechnik u. a. zu erlangen. Die Einschätzung des Wertes unserer Technologie durch östliche Nachrichtendienste und deren Ausspähungserfolge unterstreichen die Notwendigkeit innerbetrieblicher Sicherheitsvorkehrungen. Präzise Geheimschutzbestimmungen - ähnlich denen im behördlichen Bereich - und ihre sorgfältige Beachtung auf der Grundlage überzeugender Unterrichtung der Beteiligten würden die Ausspähung wesentlich erschweren.

Wie in den Vorjahren war Nordrhein-Westfalen auch 1984 mit einem Anteil von 20 % der erkannten nachrichtendienstlichen Aufträge Schwerpunkt gegnerischer Ausspähungsbemühungen (1983 = 24 %) in der Bundesrepublik Deutschland.

Bei den erkannten Werbungen bzw. Werbungsversuchen, die sich gegen in Nordrhein-Westfalen wohnhafte Personen richteten, standen die Nachrichtendienste der DDR mit etwa 62 % an der Spitze. Es folgen die Nachrichtendienste der UdSSR mit etwa 11 %. Insgesamt waren die Werbungen und Werbungsversuche 1984 rückläufig.

Die Bedeutung der Spionage für die DDR hat der seit 1957 amtierende Minister für Staatssicherheit (MfS), Armeegeneral Erich Mielke, mehrfach herausgestellt. Bereits 1979 beteuerte er, die Arbeit sozialistischer Kundschafter habe *"nichts mit den schändlichen Praktiken imperialistischer Agenten zu tun"*. Des weiteren zollte er der Spionagetätigkeit für die DDR hohes Lob und erklärte sie zum "vaterländischen Verdienst".

Die Wertschätzung der Arbeit des MfS wird in jüngster Zeit durch die Partei- und Staatsführung der DDR mit einer bemerkenswerten Offenheit bestätigt und bekräftigt. In einem Leitartikel des SED-Organs "Neues Deutschland" vom 2. Oktober 1984 werden dem MfS anlässlich des 35. Jahrestages der Gründung der DDR "Herzliche Glückwünsche und brüderliche Kampfesgrüße" überbracht. Dem MfS wird in dieser Grußbotschaft u. a. bescheinigt, es habe unter der Führung der SED "im vergangenen Jahr den Klassenauftrag des X. Parteitages der SED" mit "revolutionärer Wachsamkeit" ... und "hoher Kampf- und Einsatzbereitschaft" in Ehren erfüllt. Besonderer Dank gelte den *"Kämpfern an der unsichtbaren Front"* (Agenten in der Bundesrepublik). Sie leisteten einen wesentlichen Beitrag dazu, "daß sich die DDR als stabiler und dynamisch entwickelnder sozialistischer Staat weiter festigen und stärken konnte". Das ZK der SED sei davon überzeugt, daß "alles ... für die politisch-operative Arbeit ..." getan werde, "um auch künftig unter allen Lagebedingungen den Klassenauftrag des X. Parteitages erfüllen zu

können". Um dieses Ziel zu erreichen, sei "höchste revolutionäre Einsatzbereitschaft geboten".

5.2 Art und Umfang der gegnerischen Werbungsmethoden

Die Werbungsmethoden der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten sind im wesentlichen unverändert. In der DDR können Bemühungen von DDR-Bürgern um Aus- oder Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland Anlaß zu Kontaktabstimmungen sein. Bei den nachrichtendienstlichen Werbungen bzw. Ansprachen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland stehen zwei Drittel mit privaten oder geschäftlichen Besuchsreisen in den kommunistischen Machtbereich im Zusammenhang.

Die Verbindungsaufnahme erfolgt häufig unter einer Legende, um den Angesprochenen zunächst über die Absicht seines Gesprächspartners zu täuschen. Mehr als zwei Drittel der Angesprochenen waren zum Zeitpunkt der Ansprache zwischen 20 und 40 Jahre alt. Sie ließen für den gegnerischen Dienst in beruflicher Hinsicht interessante Perspektiven erwarten.

Das MfS überläßt die Ansprache dieser Personen nicht dem Zufall, Immer wieder sind Bundesbürger, die von einem DDR-Nachrichtendienst angesprochen worden sind über das umfassende Wissen der Gegenseite hinsichtlich ihrer Person erstaunt. Dieses Wissen, verbunden mit einem skrupellosen Ausnutzen von Schwachpunkten, erleichtert den gegnerischen Nachrichtendiensten den Zugang zu Zielpersonen. Grundlage ist die umfassende Kenntnis im Zusammenhang mit der Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs (u. a. Genehmigungsverfahren bei privaten und geschäftlichen Reisen in die DDR) durch DDR-Organen. Es ist davon auszugehen, daß die meisten Personenhinweise aus der systematischen Erfassung und Auswertung der Reiseunterlagen von Westbesuchern stammen. Aus operativer Sicht sind insbesondere Reisende aus bestimmten Zielgebieten und Zielorten, gewisse Personen- bzw. Berufsgruppen sowie bestimmte Objekte, Betriebe und Institutionen von Interesse.

Neben den Werbungsmaßnahmen verdienen die Befragungen und Ausforschungen von Bundesbürgern bei Aufenthalten in der DDR Beachtung. Hier kommt es insbesondere bei Grenzabfertigungen, polizeilichen Anmeldungen oder anderen Berührungen mit staatlichen Organen, z. B. Verkehrsverstößen u. ä., zu Kontaktaufnahmen.

5.3 Nachrichtendienstliche Aufträge gegen Nordrhein-Westfalen

Die Militärspionage lag mit 46 % (1983 = 36 %) an der Spitze der erkannten nachrichtendienstlichen Aufträge. Schwerpunkte waren neben der Bundeswehr die NATO-Streitkräfte sowie Truppenbewegungen und strategische Objekte wie Straßen, Brücken und Radarstellungen in Nordrhein-Westfalen. Daneben richtete sich das Interesse auf Wirtschafts- und Forschungsunternehmen, die mit Rüstungsaufgaben befaßt sind.

Die politische Spionage (34 %) richtete sich gegen

- *Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes, des Landes und der Gemeinden*

- *Universitäten, Hochschulen und Studentenorganisationen*
- *politische Parteien*
- *Emigrantenorganisationen.*

Unvermindert fortgesetzt wurden auch die Ausforschungsbemühungen gegen Sicherheitsbehörden und Fluchthelferorganisationen.

Bei der Wirtschaftsspionage lag der Anteil bei etwa 9 %.

Insgesamt ist die Zahl der erkannten Aufträge im Vergleich zum Vorjahr um etwa 12% zurückgegangen.

Das Oberlandesgericht in Düsseldorf, zuständig in Nordrhein-Westfalen für Straftaten in Landesverratsachen, hat 1984 fünf Personen wegen Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 93-101 a StGB) rechtskräftig verurteilt.

In allen Fällen waren Auftraggeber die Nachrichtendienste der DDR.

6 Strafrechtspflege

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sind, wie schon in den Vorjahren, auch 1984 in erheblichem Maße mit Strafverfahren, deren Gegenstand Straftaten im Zusammenhang mit extremistischen Umtrieben waren, befaßt worden.

6.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind im Jahre 1984 insgesamt 823 einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 111 Verfahren gegen 158 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 65 Personen; vier Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 42 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

Die Staatsanwaltschaften haben 1984 in Ermittlungsverfahren gegen insgesamt 1096 Personen das Verfahren eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt, und zwar

- *gegen 886 Personen, weil entweder die Täter nicht ermittelt werden konnten oder weil eine Straftat nicht vorlag, weil der genaue Hergang nicht mit der erforderlichen Sicherheit aufgeklärt werden konnte oder aber weil die Beweismittel zu einer Überführung des Beschuldigten nicht ausreichten,*
- *gegen 95 Beschuldigte wegen geringer Schuld und geringer Bedeutung der Vorfälle (zum Teil gegen Geldauflagen) oder im Hinblick auf schwerere Tatvorwürfe, denen gegenüber die in Rede stehenden Taten nicht erheblich ins Gewicht fielen*

und

- *gegen 115 Personen nach sonstigen Vorschriften (z. B. wegen unbekanntem Aufenthaltes).*

6.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften 1984 insgesamt 734 Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1984 ist in 135 Verfahren gegen 146 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. 94 Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt; 14 Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 124 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

Die Staatsanwaltschaften haben 1984 die Ermittlungsverfahren gegen 893 Beschuldigte eingestellt, und zwar

- *gegen 691 Beschuldigte, weil entweder die Täter nicht ermittelt werden konnten oder weil eine Straftat nicht vorlag, weil der genaue Hergang nicht mit*

der erforderlichen Sicherheit aufgeklärt werden konnte oder aber weil die Beweismittel zu einer Überführung des Beschuldigten nicht ausreichten,

- *gegen 140 Beschuldigte wegen geringer Schuld und geringer Bedeutung der Vorfälle (zum Teil gegen Geldauflagen) oder im Hinblick auf schwerere Tatvorwürfe, denen gegenüber die in Rede stehenden Taten nicht erheblich ins Gewicht fielen*

und

- *gegen 62 Beschuldigte nach sonstigen Vorschriften (z. B. wegen unbekanntem Aufenthaltes).*

6.3 Demonstrationsstraftaten

Die nachfolgende Darstellung bezieht sich auf Ermittlungs- und Strafverfahren, die anlässlich von Demonstrationen aller Art entstanden sind und im Jahre 1984 bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten anhängig waren. Über die Häufigkeit von Gewalttaten im Zusammenhang mit Demonstrationen soll und kann sie keinen Aufschluß geben.*)

Wie bereits in den früheren Berichten dargelegt, ist es bei Veranstaltungen der genannten Art zu strafrechtlich relevanten Übergriffen sowohl der Veranstaltungsteilnehmer als auch von Außenstehenden gegenüber Teilnehmern und von Teilnehmern einer ^{Gegendemonstration} gekommen. Ferner sind die Fälle der Ausschreitungen gegenüber den eingesetzten Polizeikräften erfaßt.

Im Jahre 1984 hatten die Staatsanwaltschaften des Landes insgesamt 1680 einschlägige Verfahren zu bearbeiten. Insgesamt 1206 der genannten Verfahren sind in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1984 abgeschlossen worden, und zwar

- *582 Verfahren durch Einstellung, weil entweder die Täter nicht ermittelt werden konnten, eine Straftat nicht vorlag, der genaue Hergang nicht mit der erforderlichen Sicherheit aufgeklärt werden konnte oder aber weil die Beweismittel zu einer Überführung des Beschuldigten nicht ausreichten,*
- *82 Verfahren durch rechtskräftige Urteile gegen 106 Personen,*
- *255 Verfahren durch rechtskräftige Strafbefehle gegen 255 Personen und*
- *287 Verfahren auf andere Weise. Noch anhängig waren am 31. Dezember 1984 495 Verfahren gegen 537 Personen, wobei in 366 Verfahren gegen 399 Personen bereits Anklage erhoben bzw. der Erlaß eines Strafbefehls beantragt worden ist. Die weiteren Verfahren befinden sich noch im Ermittlungsstadium.*

*) Die fortgeschriebene polizeiliche Statistik weist für 1984 in Nordrhein-Westfalen 2.157 Demonstrationen aus, von denen 44 unfriedlich verliefen; das sind 2,04 %.

7 Anhang

7.1 Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Sitz)	Mitglieder		Presse (einschließlich Erscheinungsweise und Auflage)
	1984	(1983)	

Unter anderem Namen aktive Kreise der verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten (ANS/NA)	270		"Die Neue Front" (monatlich) "Der Schulungsbrief" (monatlich) "Die Kameradschaft" (unregelmäßig)
Darunter NRW	70		

Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei (BI-DAP)			"Unser Europa" (unregelmäßig)
--	--	--	-------------------------------

Freiheitlich Deutsche Arbeiterpartei (FAP) - Landesverband NRW			
---	--	--	--

Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH)			
---	--	--	--

Deutsche Volkunion (DVU) 8000 München	12.000	(11.000)	"Deutscher Anzeiger" (wöchentlich)
NRW einschließlich	2.500		

Aktion Deutsche Einheit AKON e.V. 8000 München			
--	--	--	--

Aktion Deutsches Radio und Fernsehen (ARF)			
---	--	--	--

Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.) 8000 München			
--	--	--	--

Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA) 8000 München			
---	--	--	--

Ehrenbund Rudel (ER)			
-----------------------------	--	--	--

Schutzbund für Leben und Umwelt			
--	--	--	--

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) 4800 Bielefeld	300	(300)	Information der HNG (monatlich)
NRW	20		

Junge Nationaldemokraten (JN) 5000 Köln	550	(500)	"JN-Pressedienst" (unregelmäßig)
Landesverband NRW 4630 Bochum-Wattenscheid	100	(100)	"JN-Orgblitz" (unregelmäßig) "JN-Intern" (unregelmäßig) "Querkopp"-JN Wuppertal (unregelmäßig)

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 7000 Stuttgart	6.100	(6.000)	"Deutsche Stimme" (monatlich) "NPD Aktuell" (unregelmäßig) "NPD-Info-Blitz" (unregelmäßig)
Landesverband NRW 4630 Bochum-Wattenscheid	1.000	(1.000)	"NPD-Landesspiegel Nordrhein-Westfalen" (monatlich)
NRW: 54 Kreisverbände			"NPD-Organisationsspiegel Nordrhein-Westfalen" (monatlich)

NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-A0) Lincoln/USA	100	(100)	"NS-Kampfruf"
--	-----	-------	---------------

Wiking-Jugend (WJ) 5190 Stolberg	440	(350)	"Wikinger" (vierteljährlich)
NRW	100	(100)	

Anmerkung:

Die Aufnahme von extremistisch **beeinflußten** Organisationen in die vorstehende Übersicht bedeutet **nicht**, daß die eigene Zielsetzung einer solchen Organisation als extremistisch zu beurteilen ist.

7.2 Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Pressezeugnisse

Organisation (einschließlich Sitz)	Mitglieder		Presse (einschließlich Erscheinungsweise und Auflage)
	1984	(1983)	

Demokratische Fraueninitiative (DFI) 5000 Köln			"Wir Frauen"
NRW: 38 Ortsgruppen			

Deutsche Friedens-Union (DFU)	1.000	(1.000)	"Deutsche Volkszeitung" (DVZ) ab September 1983 "Deutsche Volkszeitung - die tat" - inoffiziell - (40.000 wöchentlich) "Pressedienst DFU" (unregelmäßig) "DFU betr. Politik" (unregelmäßig)
Landesverband NRW 4300 Essen	400	(400)	"Pressedienst DFU NRW (unregelmäßig)

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	40.000	(40.000)	"Unsere Zeit" (UZ) Tagesausgaben: 25.000
Partei Vorstand: Prinz-Georg-Str. 79 4000 Düsseldorf			Wochenendausgaben: 50.000 "DKP-Pressedienst" (täglich) "Marxistische Blätter" (alle 2 Monate)
Zentrale Einrichtungen "Institut für Marxistische Studien und Forschungen" 6000 Frankfurt/Main			"Nachrichten" - für Gewerkschaftsfunktionäre (monatlich)
"Verein zur Förderung der Forschung und des Studiums der Sozialwissenschaften e.V." 6000 Frankfurt/Main			"Landrevue" - Informationen für die Landbevölkerung - (unregelmäßig)
"Karl-Liebknecht-Schule" 5090 Leverkusen			"PRAXIS" (unregelmäßig)

"Marx-Engels-Stiftung e.V." (früher: "Friedrich-Engels-Zentrum") 5600 Wuppertal			"Probleme des Friedens und Sozialismus" - deutschsprachige Ausgabe der in der CSSR hergestellten Schrift - (monatlich) "infodienst" - für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen (unregelmäßig)
Bezirk Ruhr-Westfalen Hoffnungstr. 18 4300 Essen	6.500	(6.500)	
Bezirk Rheinland-Westfalen Ackerstr. 3 4000 Düsseldorf	5.500	(5.500)	
NRW: 42 Kreisorganisationen			ca. 130 Kreis- und
Ca. 120 Betriebs- und Hochschulgruppen			Stadtteilzeitungen ca. 140 Betriebs- und
Ca. 300 Orts- bzw. Stadtteilorganisationen und Wohngebietsgruppen			Hochschulzeitungen

Gruppe Internationale Marxisten (GIM) 6000 Frankfurt/Main	250		"was tun" (vierzehntägig)
NRW	60-80		

Junge Pioniere (JP) 4600 Dortmund	4.000	(4.000)	"pionier" (monatlich)
Landesverband Ruhrgebiet-Westfalen 4300 Essen			"Pionierleiter-Info" (monatlich) "Mach-mit-Reihe"
Landesverband Rheinland-Westfalen 5000 Köln			(unregelmäßig)
NRW	1.500	(1.500)	

Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD) 4600 Dortmund	400	(400)	"Roter Morgen" (6.000 wöchentlich) "Kommunistische Hefte" (alle 3 Monate)
NRW	150	(150)	

Marxistische Arbeiterbildung e.V. (MAB) Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus 5600 Wuppertal	60 Gruppen		
NRW	Ca. 30 Gruppen		

Marxistische Gruppe	1.500	(1.300)	"Marxistische Hochschulzeitung" (auch örtlich) "Marxistische Studentenzeitung MSZ- Gegen die Kosten der Freiheit" (monatlich)
---------------------	-------	---------	--

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 4300 Essen	1.100	(1.000)	"Rote Fahne" (10.000 wöchentlich)
NRW	430	(400)	

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB) 5300 Bonn	6.000	(6.000)	"rote Blätter"
NRW	1.400	(1.400)	

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 4600 Dortmund	15.000	(15.000)	"elan" (inoffiziell) (35.000 monatlich)
Landesverband Ruhrgebiet-Westfalen 4300 Essen			80 örtliche Zeitungen
Landesverband Rheinland-Westfalen 5000 Köln			80 örtliche Zeitungen
NRW	4.600	(4.600)	

Volksfront (V) 5100 Aachen	1400	(1.500)	"Volksecho" (monatlich)
Landesverband NRW 5100 Aachen	500	(500)	
	(z.T. Mitgliedschaft KPD)		

Anmerkung:

Die Aufnahme von extremistisch **beeinflußten** Organisationen in die vorstehende Übersicht bedeutet **nicht**, daß die eigene Zielsetzung einer solchen Organisation als extremistisch zu beurteilen ist.